



Verband Bildung und Erziehung  
Landesverband NRW

Westfalendamm 247  
44141 Dortmund  
Tel.: 0231 - 4257570  
Fax: 0231 - 42575710  
Mail: [info@vbe-nrw.de](mailto:info@vbe-nrw.de)  
Inet: [www.vbe-nrw.de](http://www.vbe-nrw.de)

## **Wahlprüfsteine des VBE zur Landtagswahl NRW 2010**

### **Fragen an die Parteien**

**CDU - SPD - Bündnis 90/Die Grünen - FDP**

*Stand 30.03.2010*

## I. Teil: BILDUNGSPOLITIK

### 1. Für mehr Bildungsgerechtigkeit

Zahlreiche nationale und internationale Studien der letzten Jahre belegen, dass die Struktur unseres Bildungssystems Ungerechtigkeiten beinhaltet und manifestiert. Insbesondere Kinder mit Zuwanderungsgeschichte und Kinder aus bildungsfernen Schichten werden dadurch benachteiligt. Daran haben auch die aktuellen Maßnahmen der Landesregierung z.B. die „Qualitätsoffensive Hauptschule“ nichts verändert.

**Welche Veränderungen in der Struktur unseres Bildungssystems werden Sie vornehmen, um diese Ungerechtigkeiten und die damit verbundenen sozialen Ausgrenzungen zu überwinden? Wie wollen Sie angesichts der demografischen Entwicklung wohnortnahe und umfassende Bildungsangebote gewährleisten?**

CDU	SPD	GRÜNE	FDP
<p>Bildungspolitik wird leider oftmals sinnwidrig auf Fragen der Schulstruktur reduziert. Wir brauchen vor allem eine Diskussion darüber, wie gelernt, gelehrt und was im Unterricht eigentlich vermittelt werden soll. Denn das Austauschen von Türschildern nutzt weder den Schülerinnen und Schülern noch dient es der Qualität des Unterrichts. Deshalb setzt die CDU auf individuelle Förderung und Verbesserung des Unterrichts sowie auf konsequentes Fördern und Fordern in allen Schulformen. Mit der Schaffung von 8.124 neuen Lehrerstellen sowie der Halbierung des Unterrichtsausfalls ist es gelun-</p>	<p>Mit dem gegenwärtigen Schulsystem sind soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und eine hohe Bildungsbeteiligung nicht zu erreichen. Zudem stellt uns die Wissensgesellschaft von heute vor Herausforderungen, denen wir nicht mit den Antworten von gestern begegnen können. Auch erfordert die demografische Entwicklung einen Umbau unseres Schulsystems, weil anders ein wohnortnahes Schulangebot nicht gesichert werden kann. Die SPD will die Gemeinschaftsschule ermöglichen, die folgenden Prinzipien folgt: Die Gemeinschaftsschule nimmt die Kinder nach der Grundschule</p>	<p>Das vielgliedrige Schulsystem ist längst an seine Grenzen gestoßen. Es fördert weder die starken noch die schwachen Schülerinnen und Schüler so, wie es nötig und möglich wäre. Bessere Förderung und damit bessere Leistungen sind nicht durch das Sortieren neunjähriger Kinder zu erreichen. Es kommt darauf an, die neue Lernkultur mit einer förderlichen neuen Schulstruktur zu verbinden. Jede Schule fördert jedes einmal aufgenommene Kind bis zu einem qualifizierten Schulabschluss. Nicht mehr das Aussortieren und Abschulen, sondern eine individuelle Förderung muss die Schule prä-</p>	<p>SPD und Grüne hatten 2004 den Abbau von 16.000 Lehrstellen bis 2013 angekündigt. Unter Regierungsbeteiligung der FDP wurden in den vergangenen Jahren 8.124 zusätzliche Lehrstellen geschaffen und 9.200 sogenannte Demographiegewinne im System belassen. Diese im Vergleich zu Rot-Grün über 17.000 weiteren Stellen wurden überwiegend für die Stundenaufwüchse in der Sekundarstufe I, für den Ausbau des Ganztags, gegen den Unterrichtsausfall und für die Stärkung der individuellen Förderung verwandt. Als Belastung kommen die von Rot-Grün eingeführten sog. Vorgriffstunden</p>

<p>gen, die größten Versäumnisse der Vorgängerregierung zu beseitigen. Mit den Verbundschulen aus Haupt- und Realschulen wurde im Schulgesetz eine zukunftsfähige Möglichkeit für wohnortnahe Schulangebote im ländlichen Raum gefunden. Der dabei eingeschlagene Weg (erforderlicher regionaler Konsens) stellt sicher, dass eine Kommune und deren Schule(n) nicht unter den Folgen einer Schulplanung einer Nachbarkommune leiden. Mit zwischenzeitlich 18 errichteten und weiteren 6 bereits genehmigten Verbundschulen zum nächsten Schuljahr wird dieses Angebot vor Ort angenommen.</p>	<p>auf und ist bis zur Klasse 10 für deren Bildungserfolg verantwortlich. Am Ende der Klasse 10 können alle Schulabschlüsse der Sekundarstufe I erreicht werden. In den Klassen 5 und 6 findet für alle Kinder ein gemeinsamer Unterricht statt. Ab Klasse 7 oder später wird nach gemeinsamer Entscheidung der Schule, des Schulträgers und der Eltern entweder ein vollständig integrierter Unterricht weitergeführt oder eine Differenzierung, beispielsweise in Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialklassen, vorgenommen. Die Gemeinschaftsschule hat eine gemeinsame Schulleitung und ein gemeinsames Kollegium. Bei der Gestaltung der Gemeinschaftsschule sind pragmatische, orts- und stadtteilgenaue Lösungen notwendig. Die SPD will, dass die konkrete Ausgestaltung der inneren Organisation eine gemeinsame Entscheidung der Schulen, der Schulträger und der Eltern ist. In jeder Gemeinschaftsschule wird demnach ortsnah und flexibel - ganz nach den Bedürf-</p>	<p>gen. Wir wollen Lernbarrieren abbauen und eine gemeinsame Schule für alle Kinder bis zum Ende der Pflichtschulzeit schaffen. Eine Schule der Sekundarstufe II, die zur Fachhochschul- oder allgemeinen Hochschulreife führt bzw. ein berufsbildendes Profil anbietet, schließt sich an. Ein integratives Schulsystem wird zwar mit klaren landespolitischen Zielen und Vorgaben entwickelt und gesteuert, aber es kann nur von unten wachsen, denn wir müssen alle Beteiligten einbinden. Deshalb gestalten wir Grünen einen Prozess, der bei den Kommunen ansetzt. Wir werden die bestehenden zentral vorgegebenen Schranken der Schulformen öffnen, damit sich das verkrustete Schulsystem in NRW mit dem demografischen Wandel, dem Schulwahlverhalten der Eltern und der zunehmenden kommunalpolitischen Bedeutung von Schulen am Ort zu einem System mit längerem gemeinsamem Lernen verändert. Wir werden die verbindli-</p>	<p>hinzu, die seit dem Schuljahr 2008/2009 den Lehrerinnen und Lehrern selbstverständlich zurückgegeben werden. Insgesamt handelt es sich um rund weitere 16.000 Lehrerjahresstellen. Dennoch konnten in den letzten Jahren bereits rund 800 Klassen verkleinert werden. Bis 2015 streben die Liberalen eine deutliche weitere Reduzierung an. Langfristig soll keine Klasse mehr als 25 Schüler haben. Das zentrale bildungspolitische Ziel der FDP wird in der nächsten Legislaturperiode die umfassende Verkleinerung der Klassen darstellen, um die Pädagogen zu entlasten und die individuelle Förderung der Kinder und Jugendlichen zu stärken. Nach jahrelanger rot-grüner Bildungspolitik wurde am Ende der letzten Legislaturperiode offiziell festgestellt, dass in keinem anderen Bundesland die Kopplung zwischen sozialer Herkunft und dem Kompetenzerwerb so groß war wie in Nordrhein-Westfalen. Die zu-</p>
--	--	---	---

	<p>nissen der Schüler, Eltern, Lehrer und der Schulträger - über die innere Ausgestaltung entschieden.</p>	<p>chen Grundschulgutachten und den Prognoseunterricht umgehend abschaffen. Unser Ziel ist ein Schulsystem, das nicht aussondert. Wir wollen Gemeinschaftsschulmodelle ermöglichen. Wir wollen jedes Jahr mindestens zehn Prozent der Schulen dafür gewinnen, sich auf den Weg zur Schule der Zukunft zu machen. Den Prozess hin zu einem integrativen Schulsystem wollen wir aktiv unterstützen, Klassengrößen begrenzen und in Fortbildung investieren.</p>	<p>sätzlichen finanziellen Mittel und die damit verbundenen Tausende zusätzlicher Stellen für die frühkindliche Sprachförderung, den Ausbau des Sprachunterrichts, für die individuelle Förderung, die Verbesserung der Durchlässigkeit des Schulsystems, Programme gegen die Schulumüdigkeit, Integrationsstellen sowie Sozialindexstellen für Schulen in sozial schwierigerem Umfeld bilden wichtige Bausteine, die für die Verbesserung der Chancengerechtigkeit von Kindern aus bildungsfernen Schichten beigetragen haben. Auch wenn das Ziel, die individuelle Förderung flächendeckend an allen Schulen fest zu verankern, Zeit benötigt, sind dennoch schon erfreuliche Erfolge erzielt worden. So ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die eine Klasse wiederholen müssen, seit dem Jahr 2005 von 3,4 Prozent auf 2,4 Prozent im Schuljahr 2009/2010 gesunken. Auch die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen konnte in den vergangenen Jahren kontinuierlich</p>
--	--	---	---

			<p>verbessert werden. Die Quote der Schulabsteiger im Verhältnis zu den Schulaufsteigern liegt zum Schuljahr 2009/2010 bei 7 zu 1, unter Rot-Grün lag sie in den Jahren 2000 bis 2005 im Mittel dagegen noch bei 15 zu 1. Dies ist eine Verbesserung um mehr als 55 Prozent. Selbstverständlich führt der demographische Wandel zu Veränderungs- und Anpassungsbedarf, aber er bietet auch Chancen. Wir wollen diesen demographischen Wandel positiv gestalten. Zurückgehende Schülerzahlen eröffnen weitere Möglichkeiten zur Senkung der Klassengrößen, sie entlasten die Pädagogen, sie ermöglichen neue Spielräume zur qualitativen Unterrichtsgestaltung. Und der demographische Wandel kann auch für die schulischen Angebote in den unterschiedlichen Kommunen fortschrittlich ausgestaltet werden. Wir wollen in differenzierten Bildungsgängen ein umfassendes leistungsstandsgerechtes Schulangebot zur Verfügung stellen, das durch zusätzliche</p>
--	--	--	--

			<p>personelle und sächliche Unterstützung qualitativ und nicht nur quantitativ ausgestaltet ist. Die FDP will deshalb das differenzierte, begabungsgerechte Bildungssystem weiterentwickeln. Wir stehen für eine erweiterte Entscheidungsfreiheit vor Ort und für neue Möglichkeiten, eine für die örtlichen Gegebenheiten und Wünsche passgenaue Schullandschaft zu entwickeln. Die FDP will neue Modelle der organisatorischen und pädagogischen Zusammenführung von Haupt-, Real- und Gesamtschulen im Sinne einer differenzierten Regional- schule in differenzierten Bildungsgängen zulassen. Wenn die Gremien der beteiligten Schulen und ihre Träger entsprechende Beschlüsse fassen. Dies bedeutet zugleich, dass wir heute erfolgreich arbeitende und demographiefeste Schullandschaften nicht in Frage stellen.</p> <p>Eine den individuellen Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler nicht entsprechende</p>
--	--	--	---

			Zusammenfassung aller in einer Einheitsschule lehnen wir ab. Es gibt keinerlei wissenschaftliche Beweise, die belegen, dass das sogenannte längere gemeinsame Lernen allen Schülern nützt. Dass es - entgegen vielfach fälschlicher Behauptungen - derartige wissenschaftliche Beweise nicht gibt, wurde unlängst von herausragenden Bildungsforschern wie z. B. Prof. Baumert oder auch Prof. Bos öffentlich dargestellt.
--	--	--	--

## 2. Umsetzung von Artikel 24 der UN-Konvention (Inklusion)

Mit der Ratifizierung des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 13.12.2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie dem dazu gehörigen Fakultativprotokoll haben sich die Bundesrepublik Deutschland und die einzelnen Bundesländer verpflichtet, umfassende Maßnahmen auf den Weg in eine inklusive Gesellschaft und im speziellen in ein „inklusives Bildungssystem auf allen Ebenen“ zu unternehmen. Vor diesem Hintergrund wird die Schaffung eines inklusiven Bildungssystems, in dem alle Kinder und Jugendliche gemeinsam lernen können, die zentrale Aufgabe der Schul- und Bildungspolitik der nächsten Jahre sein.

**Wie sieht das Konzept Ihrer Partei für die Umsetzung einer inklusiven Schulbildung aus und welche finanziellen sowie personellen Ressourcen werden Sie dafür bereitstellen? Welchen Stellenwert messen Sie in diesem Prozess den Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung bei und wie werden Sie die Einhaltung sonderpädagogischer Standards gewährleisten?**

CDU	SPD	GRÜNE	FDP
Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung gilt für Deutschland	Vorweg: Die Lehrerinnen und Lehrer sowie das weitere Fachpersonal in der Sonderpädagogik	In NRW werden bislang etwa 85% der Kinder mit Förderbedarf aussortiert und auf Sonder-	Die FDP will die UN-Konvention mit dem Ziel der bestmöglichen Förderung aller Kinder umset-

<p>wie auch Nordrhein-Westfalen. Somit geht es nicht mehr um das "ob", sondern nur noch um das "wie" der Umsetzung durch das Land und die Schulträger. Das Schulministerium hat mit der Einrichtung eines Arbeitskreises den richtigen Weg eingeschlagen, mit allen Beteiligten zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen, die niemanden überfordert. Dabei werden auch die Beratungen in der Kultusministerkonferenz einfließen. Ziel ist ein grundsätzliches Elternrecht auf Wahl des sonderpädagogischen Förderorts, d. h. Förderschule oder allgemeine Schule in zumutbarer Entfernung.</p>	<p>gik leisten gute Arbeit. Doch in einem von vornherein auf Separation ausgelegten Schulsystem haben sie nur wenig Möglichkeiten, um gegen die soziale Ausgrenzung ihrer Schülerinnen und Schüler vorzugehen. Die SPD setzt auf Inklusion im Sinne der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Ein solches inklusives Bildungssystem unterscheidet sich von einem integrativen System. Die integrative Pädagogik strebt die Eingliederung der aussortierten Schülerinnen und Schüler an. Eine inklusive Pädagogik hingegen sortiert erst gar nicht aus. Inklusion bedeutet, dass Strukturen und Didaktik von vornherein auf die Unterschiedlichkeit der Schülerinnen und Schüler und auf individuelles Fördern und Fordern ausgerichtet sind. Notwendig ist eine Neuorientierung in der sonderpädagogischen Förderung, die die gegenwärtige integrative Phase als Übergangsphase zu einem vollständig inklusiven Bildungssystem des gemein-</p>	<p>/Förderschulen unterrichtet. Dies geschieht in vielen Fällen gegen den Wunsch der Eltern und widerspricht der UN-Konvention. Wir wollen das Schulgesetz ändern und eine Zwangszuweisung zu Förderschulen abschaffen. Wir wollen einen verbindlichen Inklusionsplan, der den Umbau hin zum inklusiven Schulsystem ermöglicht. Hierzu gehört, dass jährlich mind. 10% SonderpädagogInnen von den Förderschulen zu den Regelschulen wechseln. Für den gesamten Umstellungsprozess werden weitere Ressourcen zur Verfügung gestellt, um den Mehraufwand beim Übergang bewältigen zu können. Inklusion gibt es nicht zum Nulltarif. Die Schulen müssen gut und verlässlich ausgestattet sein. Lerngruppen in der Regelschule, in der Kinder inklusiv lernen, dürfen max. 20 SchülerInnen haben. Die Kompetenzzentren sollen zu Schulen ohne Schüler werden, d.h. die dortigen SonderpädagogInnen werden fest an</p>	<p>zen. Für die Liberalen ist die allgemeine Schule der vorrangige Lernort auch für Kinder mit Behinderungen. Eine von der Opposition geforderte Abschaffung der Förderschulen und die Einführung einer Schule für Alle lehnen wir jedoch ab. Viele Eltern wünschen sich für ihre Kinder den Besuch einer Förderschule, andere den Besuch des Gemeinsamen Unterrichts. Wir wollen die Pluralität der Förderorte erhalten, um den Bedürfnissen des individuellen Kindes entsprechen zu können. Die FDP möchte hierfür ein grundsätzliches Elternwahlrecht einführen. Jedoch können Situationen eintreten, in denen der Besuch des Gemeinsamen Unterrichts dem Wohle des Kindes nicht entspricht. Förderschulen und Gemeinsamer Unterricht sollen nebeneinander bestehen und den Eltern eine Wahl des Förderorts ermöglichen, die daher nur zum Wohle des Kindes beschränkt werden kann. In den Jahren der Regierungsverantwortung der FDP sind die Plätze der Kinder mit sonder-</p>
--	--	---	---

	<p>samen Lernens betrachtet. Die SPD setzt sich für die folgenden Umsetzungsschritte ein:</p> <p>Unter intensiver Einbeziehung aller Beteiligten (Kommunale Spitzenverbände, Ersatzschulträger, Landschaftsverbände, Sozialversicherungs- und Sozialhilfeträger, Kirchen, Eltern, Lehrerverbände, weitere gesellschaftliche Kräfte) und mit wissenschaftlicher Begleitung muss eine Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung zur Umsetzung der UN-Konvention im schulischen Bereich erfolgen;</p> <p>Es muss ein Transformationskonzept zur Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung in NRW erarbeitet werden. Ziel ist es, den sonderpädagogischen Förderbedarf in den Regelschulen unter Einhaltung sonderpädagogischer Standards zu gewährleisten;</p> <p>Notwendig ist die Schaffung der personellen und finanziellen Rahmenbedingungen für einen massiven Ausbau des Gemeinsamen Unterrichts an</p>	<p>allgemeinbildenden Schulen eingesetzt (nicht als ReisesonderpädagogInnen!) und unterstützen mit ihrer Kompetenz das dortige Team. SozialpädagogInnen und IntegrationshelferInnen gehören ebenso dazu. Kompetenzzentren werden so zu Lehrerkompetenzzentren, die für Fortbildung, fachlichen Austausch und Beratung zuständig sind.</p> <p>In der Aus- und Weiterbildung sollen Lehrkräfte besser auf die Anforderungen eines inklusiven Schulsystems vorbereitet und ausgebildet werden. Hierzu gehört das Erkennen sonderpädagogischer Bedarfe und das Arbeiten mit Heterogenität (Heterogenität -die Verschiedenheit der SchülerInnen ist ein Chance für das Lernen und keine Behinderung!) Individualisiertes Lernen wird zum Grundprinzip für alle Kinder und Jugendlichen. Der Inklusionsauftrag geht an alle Schulen und Schulformen.</p> <p>Wir wollen, dass Schulentwicklungs-, Jugendhilfe- und Sozialplanung zusammenge-</p>	<p>pädagogischem Förderbedarf im Gemeinsamen Unterricht kontinuierlich gesteigert worden. Der Anteil ist bereits von 8,8 Prozent im Schuljahr 2000/2001 auf 16,1 Prozent im laufenden Schuljahr ausgeweitet worden. Hierfür wurde der Anteil der Lehrerstellen kontinuierlich um mehrere hundert Stellen erhöht. Auf diesem Weg möchten die Liberalen voranschreiten. Die FDP will Schulen, die diesen Weg beschreiten, mit zusätzlichen Mitteln unterstützen. Auch sollten die Schulträger die 84 Prozent der Mittel aus dem Konjunkturpaket 11, die bundesweit einmalig durch das Land an die Kommunen weitergeleitet wurden, für die Stärkung der Barrierefreiheit nutzen.</p> <p>Zum Jahr 2010/2011 soll die Anzahl der Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung auf dann 50 Pilotregionen ansteigen. Die Kompetenzzentren sollen die unterschiedlichen Organisationsformen der sonderpädagogischen Förderung in einem System zusammenfüh-</p>
--	--	---	---

	<p>allen Schulformen. Dies muss durch eine entsprechende Fortbildungsinitiative begleitet werden. Schulen und Schulträger müssen aktiv bei der Einrichtung des Gemeinsamen Unterrichts und von integrativen Lerngruppen beraten und unterstützt werden.</p> <p>Die Kompetenzzentren werden in die Entwicklung hin zu einem inklusiven System einbezogen. Sie sollen zu Orten der Lehrerfortbildung und Beratung werden.</p> <p>Es bedarf einer Initiative zur Förderung der Akzeptanz des Gemeinsamen Unterrichts an allen Schulformen und in der Öffentlichkeit.</p>	<p>führt werden. Denn IntegrationshelferInnen müssen unbürokratisch in der inklusiven Schule unterstützend tätig sein können. Das Ganztagsangebot muss auch für Kinder mit Behinderungen zur Verfügung stehen. Zurzeit sieht die Offene Ganztagsgrundschule das z.B. nicht systematisch vor.</p>	<p>ren. Durch eine bessere Vernetzung zwischen den Förderschulen und dem Gemeinsamen Unterricht soll mehr wohnortnahe, integrative Beschulung ermöglicht werden. So werden der Unterricht, die Diagnostik, die Beratung und die Prävention an den pluralen Förderorten gestärkt. Die Kompetenzzentren sollen so zu einem Motor der Umsetzung der UN-Konvention werden.</p>
--	---	--	--

### 3. Gleichwertigkeit der Lehrämter

Mit dem Gesetz zur Reform der Lehrerausbildung (Mai 2009) wurde die Gleichwertigkeit der Lehrämter fest geschrieben. Damit ist NRW dem Beispiel erfolgreicher europäischer Länder gefolgt und qualifiziert die Lehrkräfte für alle Altersstufen und Schulformen durch ein gleich langes und gleichwertiges Studium.

**Werden Sie sicherstellen, dass diese im Gesetz festgeschriebene gleichlange und gleichwertige Lehrerausbildung stringent umgesetzt wird?**

CDU	SPD	GRÜNE	FDP
<p>Mit der auch bundesweit beachteten und anerkannten grundlegenden Reform der Lehrerausbildung führt die Landesregierung die gleiche Ausbildungszeit für alle Lehrämter ein. Damit betonen wir die Gleichwertigkeit aller Lehrämter. Wir sind der Ansicht, dass eine Grundschullehrerin für ihre Tätigkeit genauso gut ausgebildet werden muss wie z. B. ein Gymnasiallehrer.</p>	<p>Ja.</p>	<p>Der Schritt zur Festschreibung der Gleichwertigkeit der Lehrämter war richtig und überfällig. Damit wird z.B. eine überkommene und überholte mangelnde Wertschätzung der Primarlehrkräfte überwunden. Wir werden an diesem Weg konsequent festhalten.</p>	<p>Mit dem neuen Lehrerausbildungsgesetz ist in Nordrhein-Westfalen die Ausbildung aller Lehrämter gleichwertig gestaltet worden. Dies ist ein wichtiger und zentraler Schritt, um auch der Primarbildung den Stellenwert zuzuerkennen, der ihr für die umfassende Bildung der Kinder zukommt. Für das Jahr 2012 ist eine umfassende Dienstrechtsreform angekündigt. Die FDP will die Modernisierung und die Stärkung des öffentlichen Dienstes vorantreiben und den Leistungsgedanken stärken. Daher sollen bei einer Dienstrechtsreform besonders auch Elemente des Leistungsanreizes eine zentrale Rolle spielen. Gerade auch aus Gründen der Gerechtigkeit müssen diese Elemente einen wichtigen Baustein einer</p>

			Dienstrechtsreform bilden, aber auch die unterschiedlichen Aufgabenwahrnehmungen berücksichtigen. Darüber hinaus möchten die Liberalen im Zuge einer solchen Dienstrechtsreform Fortbildungspunkte einzuführen, die z.B. bei Beförderungen und bei leistungsbezogenen Zulagen herangezogen werden.
--	--	--	--

#### 4. Stärkung des Elementarbereichs

Der Elementarbereich bildet das Fundament für ein erfolgreiches Lernen. Dieser Erkenntnis hat man in NRW mit der stärkeren Berücksichtigung des Bildungsbegriffs im KiBiz Rechnung getragen.

**Wie will Ihre Partei verbindliche Qualitätsstandards für alle Kindertageseinrichtungen, ein hohes Maß an Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte und den dringend notwendigen Ausbau einer qualifizierten U-3-Betreuung sicher stellen?**

CDU	SPD	GRÜNE	FDP
Die Landesregierung hat das Angebot an Betreuungsplätzen für unter dreijährige Kinder kontinuierlich ausgebaut: Im Jahr 2005 gab es lediglich 11.800 Plätze. Mit einer Verzehnfachung des Angebotes werden ab dem 1. August 2010 landesweit 112.500 Plätze zur Verfügung stehen. Bereits im laufenden Kindergar-	Alle wesentlichen Studien weisen unmissverständlich nach, wie hoch der Stellenwert frühkindlicher Bildung für die spätere Entwicklung der Menschen ist. Das lässt sich anhand vieler Faktoren wie Schulleistungen, soziale Integration, Chancen auf dem Arbeitsmarkt oder Einkommenshöhe nachweisen. Daher wol-	Die Grünen vertreten die Auffassung, dass Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern eine der wichtigsten Aufgaben für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes sind. Vor allem ist es aber das Recht eines jeden Kindes, die bestmögliche Förderung in öffentlicher Kindertagesbetreuung zu erhalten. Das Kibiz in NRW stellt dieser Beziehung jedoch einen	Mit dem Kinderbildungsgesetz hat die von der FDP mitgetragene Regierungskoalition jahrzehntelange Versäumnisse korrigiert, den pädagogischen Bildungsauftrag der Einrichtungen präzisiert und die Finanzierung der Elementarbildung massiv verbessert: Von Seiten des Landes wird mehr Geld als je zuvor für die Kin-

<p>tenjahr 2009/2010 konnten alle von den Kommunen gemeldeten Bedarfe zur Betreuung Unterdreijähriger erfüllt werden. Dank der gesetzlichen Verankerung der verbindlichen Sprachstandfeststellung zwei Jahre vor der Einschulung und der daran anschließenden bedarfsgerechten Sprachförderung werden nunmehr fast ein Viertel aller Kinder frühzeitig vor dem Wechsel in die Grundschule in der deutschen Sprache gefördert. Eine weitere Verbesserung der Qualität in der frühen Bildung, die auf eine intensivere, individuelle Förderung von Kindern abstellt, bleibt unser Ziel.</p>	<p>len wir diesen Bildungsbereich auch massiv stärken und ausbauen - und zwar für alle Kinder in Nordrhein-Westfalen. Unter Ausbau verstehen wir im Wesentlichen zwei Dinge: Erstens müssen für alle Kinder ausreichende Betreuungsplätze zur Verfügung stehen. Da gibt es gerade für Unterdreijährige und im Ganztagsbereich noch viel zu tun. Auch der Ausbau in der Fläche unseres Landes lässt noch viele Elternwünsche offen. Wir wollen aber nicht nur über Plätze reden, sondern fordern zweitens, dass jeder Betreuungsplatz ein guter Ort für frühe Bildung sein muss. Auch hierzu liegen wissenschaftliche Nachweise vor: Eine hohe Qualität in der frühen Bildung nützt allen Kindern, vor allem denjenigen, die unter schwierigen sozialen Bedingungen ins Leben starten. Das sogenannte Kinderbildungsgesetz hat in vielerlei Hinsichten die Bedingungen für eine gelingende Elementarbildung verschlechtert. Auf die enge Kopplung zwischen</p>	<p>erheblichen Rückschritt gegenüber dem Vorgängergesetz dar. Der politisch formulierte - und in der Überschrift "Bildungsgesetz" dokumentierte - Anspruch und die Wirklichkeit gehen weit auseinander. Erste wissenschaftliche Studien, Elternbefragungen und diverse Dokumente der Kindergartenträger belegen, dass das Kinderbildungsgesetz zu einem Standardabbau geführt hat. Standardabbau bedeutet schlechtere Rahmenbedingungen für den Bildungserwerb von Kindern. Besonders gravierend sind hierbei die Kürzung der Verfügungszeiten von 25% auf 10% der Arbeitszeit und der ersatzlose Wegfall der Ergänzungskraftstunden in der Kleinkindbetreuung. Im Gegensatz zum Vorgängergesetz gibt es auch keine automatische Beteiligung des Landes an den Weiterbildungskosten der Träger. Die Landtagsfraktion der Grünen hat in parlamentarischen Initiativen und die Grüne Partei über ihr Programm die Alternativen zu KiBiz deutlich gemacht.</p>	<p>derbetreuung und frühkindliche Bildung ausgegeben. 2009 sah der Haushalt allein 1,1 Milliarden Euro für die Finanzierung der Kindertageseinrichtungen vor. Dies haben wir mit unserem Haushaltsplan für 2010 mit insgesamt über 1,26 Milliarden Euro noch einmal deutlich gesteigert. Damit stellt die von der FDP mitgetragene Landesregierung für den Bereich der frühkindliche Bildung 40% mehr Mittel zur Verfügung als noch Rot-Grün im Jahr 2005. Wir wollen gleiche Chancen für alle Kinder. Wir streben an, dass tatsächlich alle Kinder bereits vor Schulbeginn eine ihren individuellen Fähigkeiten und Begabungen angemessene Förderung erhalten und mögliche Defizite frühzeitig behoben werden. Um den Kindern einen bestmöglichen Start in die Schule zu ermöglichen, haben wir eine systematische Sprachstandfeststellung und Sprachförderung im vierten Lebensjahr eingeführt. Hierfür stellen wir mit 29,9 Millionen Euro vier</p>
---	---	---	--

	<p>Haushaltslage des Landesgesetzgebers und Ausbauzielen hat die SPD schon bei Verabschiedung des Gesetzes hingewiesen. Das Ergebnis dieses Spargesetzes sehen wir nun: NRW hat die schlechteste U3-Ausbauquote aller Bundesländer und Kommunen verklagen die Landesregierung, weil sie beim 2013 kommenden Rechtsanspruch allein gelassen werden. Quantitativ hinken wir hinterher. Dazu kommt, dass auch die Qualität unter dem neuen Gesetz gelitten hätte. Elternbefragungen haben beispielsweise ergeben, dass sich die Sprachförderung der Kinder - trotz der sogenannten zusätzlichen Sprachförderung - keineswegs verbessert, sondern sich vielfach sogar verschlechtert hat. Wir sehen außerdem, wie Erzieherinnen und Erzieher die Folgen der Gleichzeitigkeit von Systemwechsel bei der Finanzierung und Ausbau der U3-Betreuung tragen mussten. Viele waren in keiner Weise darauf vorbereitet, mit so vie-</p>	<p><b>U 3 Betreuung:</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die landesgesetzlichen Deckelungen für die Schaffung von U 3-Plätzen müssen aufgehoben werden. Wenn Kommunen über Bundesrecht (Kinderförderungsgesetz vom Dezember 2008) verpflichtet werden, weit mehr U 3 Plätze zu schaffen, darf das nicht durch das Land NRW behindert werden.</li> <li>2. Die den Kommunen versprochenen Bundesmittel (hier: Betriebskostenzuschüsse) dürfen nicht vom Land "abgegriffen" werden, sondern müssen tatsächlich zusätzlich bei den Kommunen ankommen.</li> <li>3. Mit der Bundesregierung sind sofort Verhandlungen über die Erhöhung der Investitionskostenzuschüsse des Bundes aufzunehmen. Diese Bundesmittel sollten bis 2013 reichen, werden aber schon jetzt (März 2010) <u>vollständig</u> von den Kommunen in Anspruch</li> </ol>	<p>Mal so viel Geld für die frühkindliche Sprachförderung zur Verfügung wie noch Rot-Grün im Jahr 2005. Zudem haben wir die Betreuungsplätze für Unterdreijährige massiv ausgebaut. Dadurch stehen heute mit rund 86.000 Plätzen gut siebenmal mehr Plätze für Unterdreijährige zur Verfügung als noch gegenüber 2005 (11.800 Plätze). Diesen Ausbau wollen wir weiter planvoll vorantreiben. Bis 2013 werden wir mit unserem Ausbauprogramm den Eltern in Nordrhein-Westfalen rund 144.000 U3-Plätze zur Verfügung stellen. Aufgrund der verstärkten Bildungsfunktion frühkindlicher Einrichtungen sind auch die Grundsätze der Bildungs- und Erziehungsarbeit neu formuliert worden. Der Umgang mit den unterschiedlichen Interessen und Neigungen, Begabungen und Beeinträchtigungen stellt die Erzieherinnen und Erzieher täglich vor große Herausforderungen. Die Qualifizierung des Fach- sowie des</p>
--	---	---	---

	<p>len unter Dreijährigen in ihren Gruppen umzugehen. Gleichzeitig wurden bewährte Ergänzungskräfte verunsichert, indem ihnen der zukünftige Einsatz in dieser Altersgruppe erheblich erschwert wurde. Mit der Abschaffung des Beitragsdefizitausgleichs kam oben-drein noch eine Situation, in der die Eltern in einer Kommune keine Gebühren für die frühkindliche Bildung zahlen müssen, während die gleiche Leistung in anderen Kommunen weit über 600,- EUR monatlich kostet.</p> <p>Die Fragen nach Qualitätsstandards, Qualifizierung und Ausbau gehören unserer Auffassung nach in einen Gesamtkontext der frühkindlichen Bildung, der - auch finanziell - zusammen gedacht werden muss. In den vergangenen Jahren hat die SPD-Landtagsfraktion erhebliche Steigerungen der Ausgaben für die frühkindliche Bildung beantragt. Im laufenden Haushaltsjahr belief sich diese Summe auf rund 243 Mio.</p>	<p>genommen.</p> <p><b>Standards und Qualität:</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>4. Es müssen dringend mehr Personalstunden für die Gruppen finanziert werden. Im Bereich der Betreuung von unterdreijährigen Kindern müssen im Gesetz zusätzliche Arbeitsstunden für Ergänzungskräfte (KinderpflegerInnen) vorgesehen werden. Der bisherige Ausbildungszwang für KinderpflegerInnen zur Erzieherin wird somit durch eine entsprechende Ausbildungsmöglichkeit ersetzt.</li> <li>5. Wir müssen Schritt für Schritt zu einer besseren Kind-Fachkraft-Relation kommen. Dies bedeutet einen Schlüssel von 3 - 4 Kindern unter drei Jahren und 8 Kindern über drei Jahren pro Fachkraft.</li> <li>6. Für Einrichtungsleitungen mit Hochschulabschluss (z.B. ElementarpädagogIn) soll der Träger einen Zu-</li> </ol>	<p>Führungspersonals in den Kindertageseinrichtungen ist deshalb eine bildungspolitische Schlüsselaufgabe. Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, dass bis 2015 ein Studium der Sozialpädagogik der frühen Kindheit oder eine vergleichbare Qualifikation (z.B. langjährige Berufspraxis in Verbindung mit nachgewiesenen Weiterbildungsmaßnahmen) für die Leitung einer Kindertageseinrichtung zur Regel wird.</p>
--	--	---	---

	<p>EUR und weitere 23 Mio. EUR für die Arbeit der Familienzentren. Damit sollten verschiedene Ziele erreicht werden, die auch in der Fragestellung auftauchen. So ist die SPD davon überzeugt, dass die Besuchsquote im heutigen Rechtsanspruchsbereich der Drei- bis Sechsjährigen nahe hundert Prozent liegen sollte. Hierfür wurde eine gebundene Summe von einer Mio. EUR vorgesehen. Des Weiteren sollten Mittel für die Erhöhung von Gehältern im Berufsfeld sowie systematische Qualifizierungen aller Fachkräfte vorgesehen werden. Diese sollten gemeinsam mit den Trägern der Einrichtungen und den Fachschulen sowie den (Fach-) Hochschulen vorbereitet und modularisiert durchgeführt werden. Darüber hinaus strebt die SPD eine stärkere Akademisierung des Berufsfeldes an: Mittelfristig sollten zumindest die Leitungen von Kindertageseinrichtungen über einen Fachhochschulabschluss verfügen und auch dementspre-</p>	<p>schlag entsprechend der Einkommensdifferenz zu Leitungen ohne Hochschulabschluss erhalten.</p> <p>7. Weiterbildungsmaßnahmen besonders zur U 3 Betreuung und zur Sprachförderung müssen ausgeweitet und von Land mitfinanziert werden.</p> <p>8. Der Landeszuschuss für Tagespflegekräfte muss an Bedingungen bei der Qualifikation und Entlohnung geknüpft werden. Dabei gilt das Prinzip: Je höher die Qualifizierung, desto höher die Entlohnung.</p> <p>Das Finanzierungssystem soll hin zu einer Gruppenpauschale umgesteuert werden, einheitlichere Elternbeiträge, ein kostenloses Mittagessen für die Kinder armer Eltern, einen höheren Zuschuss für Einrichtungen in sozialen Brennpunkten und Familienzentren.</p>	
--	---	--	--

	<p>chend bezahlt werden können. Wichtig ist uns dabei aber auch, die heute Beschäftigten auf diesem Weg mitzunehmen und nicht einfach - wie mit dem KiBiz geschehen - ganze Berufsgruppen herauszudrängen. Wir setzen auf einen systematischen Transfer zwischen Theorie und Praxis. So kann sicherlich eine Kinderpflegerin mit großem Gewinn mit den neuesten Erkenntnissen der Entwicklungspsychologie in Kontakt gebracht werden wie auch ein Student der Frühpädagogik viel von den Erfahrungen einer Kinderpflegerin profitieren kann. Dies alles kann nur funktionieren, wenn wieder ausreichende Zeiten für Qualifikation sowie Vor- und Nachbereitung vorgesehen werden. Der wichtigste Punkt ist in diesem Zusammenhang, dass die SPD sofort in eine schrittweise Beitragsbefreiung für frühkindliche Bildung einsteigen will. Diese soll zunächst für ein Kindergartenjahr erfolgen und dann nach und nach für alle Kindergartenjahre eingeführt</p>		
--	---	--	--

	werden. Gleichzeitig wollen wir den Einstieg in die Beitragspflicht erst ab einem bestimmten Jahreseinkommen landesweit einheitlich regeln, um vor allem die Kinder aus schwierigeren sozialen Verhältnissen zu fördern.		
--	--	--	--

**5. Weiterentwicklung der Bildungsvereinbarung und Neugestaltung des Übergangs vom Elementar- zum Grundschulbereich**

Seit dem 10.11.09 liegt ein Diskussionsentwurf über die „Empfehlungen zur Bildungsförderung für Kinder von 0 bis 10 Jahren in Kindertageseinrichtungen und Schulen im Primarbereich in NRW“ vor. Diese erweiterte Bildungsvereinbarung enthält wesentliche Empfehlungen für die zukünftige Förderung von Kindern in den Bereichen Betreuung, Erziehung und insbesondere Bildung. Durch die damit verbundenen inhaltlichen, strukturellen und organisatorischen Veränderungen, aber auch durch die unterschiedliche Rechtsstellung und Aufsichtsstruktur der beiden beteiligten Institutionen werden Kindertagesstätten und Schulen vor große Herausforderungen gestellt.

**Welche Strukturen werden Sie schaffen, um die Arbeit in diesen Bereichen erfolgreich zu verzahnen?**

**Wie wollen Sie gewährleisten, dass die in den Empfehlungen beschriebenen pädagogischen Grundlagen und allgemeinen Bildungsziele flächendeckend erfolgreich umgesetzt werden und welche Ressourcen werden Sie dafür den beiden beteiligten Bildungseinrichtungen zur Verfügung stellen?**

CDU	SPD	GRÜNE	FDP
Mit den regionalen Netzwerken wurde ein neues Instrument geschaffen, an dem die an der Schule vor Ort beteiligten Gruppen oder Personen zusammenkommen und zur besseren Verzahnung beitragen. Dieses Instrument werden wir	Wie in der Frage richtig beschrieben, handelt es sich bei dem Dokument um einen Diskussionsentwurf zweier Ministerien für Empfehlungen. Schon der Status des Dokuments ist für uns ein klarer Hinweis darauf, dass es der schwarz-	Maßnahmen der Landesregierung wie die Zwangsauflösung der Grundschulbezirke und die Konstruktion und Konzept von Delfin 4 haben die Zusammenarbeit zwischen Kitas und Grundschulen nicht verbessert und qualitativ entwickelt. Der	Die FDP will die Qualität der Elementarbildung und die Verzahnung mit dem Primarbereich kontinuierlich weiter verbessern. Kindertagesbetreuungseinrichtungen sollen die Persönlichkeit eines jeden Kindes stärken, zur Kreativität anregen

<p>auch weiterhin nutzen und ausbauen. Zwischenzeitlich haben sich 40 regionale Bildungsnetzwerke gebildet. Ziel ist es, bis Ende 2010 in allen kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens solche Bildungsnetzwerke zu errichten, Seit dem Jahr 2003 gibt es die Bildungsvereinbarung mit den Trägern im Elementarbereich, also für Kinder von 0 bis 6 Jahren. Im Jahr 2007 haben wir die Landesregierung aufgefordert, diese weiterzuentwickeln und dabei die Kinder von 0 bis 10 Jahren in den Fokus zu nehmen. Diese Aufgabe wurde von den zuständigen Ministerien in Absprache mit Trägern der Tageseinrichtungen für Kinder und des Schulbereiches sowie Vertretern der Wissenschaft in Angriff genommen. Die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP haben mit einer parlamentarischen Initiative die Landesregierung aufgefordert, den bevorstehenden Umsetzungsprozess der neuen Bildungsempfehlungen in der Praxis intensiv zu begleiten. Weil mit</p>	<p>gelben Landesregierung nicht so sehr auf nachvollziehbare Ziele, Aufgaben und daraus resultierende Rechte, hauswirtschaftswirksame Entscheidungen und Ressourcen ankommt. Unsere Haltung als SPD unterscheidet sich davon fundamental: Wie sich bereits aus der Antwort zu Frage 4 ergibt, gehen wir davon aus, dass eine gute frühkindliche Bildung nicht nur eine Beteiligung aller Kinder und eine Gebührenfreiheit beinhalten sollte. Darüber hinaus müssen auch die Pauschalen so berechnet sein, dass eine echte Bildungsarbeit ermöglicht wird, besonders wenn es sich um individuelle Förderung handeln soll. Auf der einen Seite der gewünschten besseren Verzahnung sehen wir die Kindertageseinrichtungen, deren Tätigkeit in den letzten Jahren durch eine strukturelle Unterfinanzierung und fehlende Zeitressourcen geprägt ist. Auf der anderen Seite nehmen wir in letzter Zeit verstärkt zur Kenntnis, welche Problemlagen sich zum Teil in den Offenen</p>	<p>nun vorgelegte Entwurf zur Weiterentwicklung der Bildungsvereinbarung muss in Bezug auf die Inhalte und die Umsetzung intensiv diskutiert werden. Dabei spielen die Fragen, die auch der VBE zu Recht formuliert, eine zentrale Rolle. Die Kooperation auf Augenhöhe wird oft benannt, aber sie ist noch viel zu selten Realität. Gemeinsame Aus- und Fortbildungselemente, eine verbindliche Kooperation von Schul-, Jugendhilfe und Sozialbereich in der Kommune, Zeitbudgets für die Beteiligten zur konzeptionellen Entwicklung sind u.a. notwendige Bausteine, um eine systematische Verzahnung von Elementar- und Primarbildung zu gewährleisten.</p>	<p>und die für den Schulbesuch notwendigen Grundkompetenzen vermitteln. Die Übergangsphase von der Kita zur Schule sollte unserer Auffassung nach so umgestaltet werden, dass eine frühzeitige und qualitativ hochwertige Förderung den individuellen Voraussetzungen eines jeden Kindes gerecht wird. Dazu gehört, dass Bildungsschwerpunkte gesetzt werden, die sowohl im Elementar als auch im Primarbereich von vorrangiger Bedeutung sind. Hierzu zählen u. a. Sprachförderung, naturwissenschaftlich-technische sowie mathematische Bildung. Wir setzen uns für ein übergreifendes, offenes Bildungskonzept von Kindertageseinrichtungen und Grundschulen ein und wollen es in der Praxis verankern. Der Rahmen für eine Zusammenarbeit von Kindertageseinrichtungen und Grundschulen muss verbindlicher strukturiert werden. Die Qualität der pädagogischen Arbeit sollte im Sinne einer bestmöglichen individuellen Förderung die Lernpoten-</p>
--	---	--	--

<p>den neuen Bildungsempfehlungen Kindertagesstätten und Grundschulen gemeinsam angesprochen werden, ist schon aus systematischen Gründen eine starre und sofortige Vereinbarung kein taugliches Mittel. Es geht nicht darum, als „Schnellschuss“ eine neue Regelung auf den Weg zu bringen. Man wird daher - im Anschluss an die Veröffentlichung der Bildungsempfehlungen - einen Erprobungsprozess bis zum Jahr 2012 einleiten. Ab dem Jahr 2012 sollen die Erfahrungen in einer Überarbeitungsphase ausgewertet werden.</p>	<p>Ganztagsschulen im Primarbereich ergeben, die ebenfalls verstärkt unter Druck geraten. Prinzipiell sehen wir aber gerade das Konzept der Offenen Ganztagsschule als Zeichen dafür, dass weniger die strukturellen Unterschiede, die Rechtsstellung oder die Aufsichtsstruktur ein Problem der Zusammenarbeit darstellen. Auch viele positive Beispiele für sogenannte Präventionsketten und -netzwerke in den Kommunen zeigen, dass es durchaus zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen den beiden Bildungsbereichen der Elementar- und Primarbildung kommen kann. Entscheidend für das Gelingen sind offensichtlich auf kommunaler Ebene zwei Elemente: eine Verantwortungsgemeinschaft aller und eine klare Prioritätensetzung. Aus Landessicht kann dies aber flächendeckend nur dann zustande kommen, wenn entsprechende zeitliche und finanzielle Ressourcen vorhanden sind. Mit unserem Konzept der regionalen Verantwortungsgemein-</p>		<p>ziale aller Kinder im Auge haben. Zur Förderung von besonderen Begabungen wie zur Behebung von Lernschwächen sind eine sorgfältige Dokumentation der Entwicklung der Kinder sowie der Einsatz von entwicklungsdiagnostischen Instrumenten erforderlich. Allen Einrichtungen soll es auf freiwilliger Basis ermöglicht werden, sich einer Begutachtung durch externe Sachverständige zu stellen, um bei den Eltern mit einem vom Land zu entwickelnden Qualitätssiegel für sich werben zu können. Bereits gegenwärtig stellt die von der FDP mitgetragene Landesregierung allein für den wichtigen Bereich der frühkindlichen Bildung inzwischen insgesamt über 1,26 Milliarden Euro zur Verfügung. Die Liberalen wollen diese positive Entwicklung kontinuierlich vorantreiben.</p>
---	--	--	--

	<p>schaften wollen wir zukünftig den Blick mehr auf die Kinder richten und versuchen, von ihren Bedürfnissen aus ein gesundes Aufwachsen und eine gelingende Bildungskarriere zu planen. Dies kann unserer Auffassung nach am besten auf regionaler bzw. kommunaler Ebene passieren, da hier Akteure aus den Bereichen Gesundheit, Soziales, Bildung und Jugend, aus staatlichen, kommunalen und freien Trägern zusammenkommen und die Kompetenzen vor Ort bündeln müssen.</p> <p>Wir sind von der guten Arbeit sowohl der Kindertagesstätten als auch der Grundschulen des Landes überzeugt. Dafür sprechen die guten Ergebnisse bei den Leistungsuntersuchungen in und nach der Grundschule. Die unterschiedlichen pädagogischen Ansätze können aber unserer Auffassung nach viel voneinander lernen. Einige Ansätze hierzu finden sich im Bericht der Enquetekommission „Chancen für Kinder“, die auf Initiative der SPD-Fraktion 2006</p>		
--	---	--	--

	<p>im Landtag eingerichtet wurde, viele weitere finden sich in der erwähnten Diskussionsgrundlage. Insbesondere in den Fachdidaktiken der Grundschulpädagogik sehen wir noch viele Bereiche, in denen eine engere Verzahnung im Sinne der Kinder sehr zielführend wäre. Bekannt ist das Beispiel der Sprachförderung, bei dem durch überdimensionierte Verfahren und unter Missachtung wichtiger Erkenntnisse aus der Didaktik der deutschen Sprache Mittel in unerprobte und zum Teil zweifelhafte „zusätzliche“ Maßnahmen geleitet werden. Hier kann sicher eine bessere Verwendung öffentlicher Mittel stattfinden. Mit dem Diskussionsentwurf wurden auch einige weitere Domänen angesprochen - wie zum Beispiel die Mathematik - in denen eine bessere Verzahnung der beiden Bildungsbereiche sicherlich noch Verbesserungspotenziale hat.</p>		
--	---	--	--

## 6. Bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Ganztagsangebote

Ganztagsangebote dürfen nicht nur dem Aspekt der Betreuung Rechnung tragen. Damit sie einen Beitrag zur Qualitätsentwicklung und -sicherung leisten können, müssen sie eine sinnvolle und altersgemäße Rhythmisierung und eine ganzheitliche sowie individuelle Förderung ermöglichen.

**Wie wollen Sie sicherstellen, dass ein bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Ganztagsangebot in allen Schulformen mit qualifizierten und unterschiedlichen pädagogischen Professionen gewährleistet wird?**

CDU	SPD	GRÜNE	FDP
<p>Die ideologisch motivierte Bevorzugung einer einzigen Schulform beim Ganzttag haben wir im Jahr 2005 beendet. Nun erhalten alle weiterführenden Schulformen die Möglichkeit zum Ganzttag. Im letzten Schuljahr 2004/2005 vor der Regierungsübernahme gab es 35.000 Ganztagsplätze im Primarbereich. Wir haben bis zum Schuljahr 2009/2010 die Zahl der Ganztagsplätze in den Grundschulen und den Förderschulen des Primarbereichs auf insgesamt 202.700 erhöht. Zum Schuljahr 2010/2011 wird die Zahl auf rund 225.000 steigen. Während Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien vor 2005 vom Ganzttag nahezu vollständig ausgeschlossen waren, denn zwischen 1993 und 2005 wurde keinem Gymnasium,</p>	<p>Die SPD will ein Recht auf Ganzttag und setzt deshalb auf den flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Schulen, Schulträger und Jugendämter im Rahmen einer verzahnten Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung in einem abgestimmten sozialräumlichen Konzept Ganztagschulen ausbauen können. Wir werden die Schulträger mit einem mehrjährigen Landesinvestitionsprogramm unterstützen, um die räumlichen Voraussetzungen für den Ganzttag zu schaffen. Wir werden die positiven Erfahrungen aus der Arbeit mit den Partnern aus Jugendhilfe, Kultur und Sport im Rahmen der Offenen Ganztagschulen für die Entwicklung gemeinsamer</p>	<p>Wir wollen einen flächendeckenden, durchgehenden und gebundenen Ganzttag für alle Schulformen, der integraler Bestandteil des pädagogischen Konzepts der Schulen wird. Dabei ist der Ganzttag ein Bildungs- und kein Betreuungskonzept. Deshalb ermöglicht er ein anderes Lernen für alle Kinder, aber er kommt bestimmten Schülergruppen noch einmal besonders zugute. Er kann helfen, Nachteile für Kinder aus bildungsfernen Familien auszugleichen. Wir wollen perspektivisch einen gebundenen Ganzttag, in den multiprofessionelle AkteurInnen eingebunden werden können und sollen. Für den Offenen Ganzttag ist vordringlich, dass die seit sieben Jahren eingefrorenen Zuschüsse des Lan-</p>	<p>Die Zahl der Offenen Ganztagschulen ist von 20 Prozent im Schuljahr 2004/2005 auf 80 Prozent im Schuljahr 2009/2010 erhöht worden. Gleichzeitig wurde unter der Regierungsverantwortung der FDP auch die Qualität der Ganztagsangebote an Grundschulen gesteigert. Im Offenen Ganzttag sind die Lehrerstellenanteile verdoppelt worden. SPD und Grüne haben in der Vergangenheit den Gymnasien, den Haupt- und Förderschulen sowie den Realschulen die Mittel für einen qualitativen Ganztagsausbau verwehrt und lediglich den Gesamtschulen in der Sekundarstufe I Ganztagsangebote ermöglicht. Diese Ungleichbehandlung der Kinder und Jugendlichen anderer Schulformen haben wir been-</p>

<p>keiner Realschule, keiner Hauptschule und keiner Förderschule mit den Förderschwerpunkten Lernen oder Emotionale und soziale Entwicklung der gebundene Ganztags ermöglicht, arbeiten heute die Hälfte aller Hauptschulen im Ganztags und zu diesem und dem nächsten Schuljahr werden insgesamt 216 Gymnasien und Realschulen in den gebundenen Ganztags einsteigen können.</p> <p>Über alle Schulformen hinweg werden im Schuljahr 2010/2011 über 607.000 Ganztagsplätze zur Verfügung stehen. Für alle weiterführenden Schulen in Halbtagsform wurde zudem eine pädagogische Übermittagsbetreuung eingeführt, um die Betreuung zwischen Vor- und Nachmittagsunterricht sicher zu stellen. Erstmals wurde den weiterführenden Schulen außerdem die Möglichkeit eröffnet, Ganztagslehrerzuschläge in bestimmtem Umfang zur Beschäftigung anderer Professionen zu nutzen. Diese Ganztagsoffensive werden wir be-</p>	<p><b>Konzepte an den Ganztagschulen nutzen. Die Einbindung von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe, des Sports und des kulturellen Bereichs auf gleicher Augenhöhe muss in allen Bereichen der Schule und ihrer Gremien erfolgen. Im Rahmen ihrer Selbstständigkeit entscheiden die Schulen über alle außerunterrichtlichen Angebote im Rahmen eigener Finanzbudgets.</b></p>	<p>des angehoben werden müssen. Denn bislang gingen sowohl die Tarifsteigerungen beim Personal wie die sonstigen Preissteigerungen zu Lasten der Kommunen und Träger. Wo diese finanziell dazu nicht in der Lage waren, wurde an der Qualität zwangsläufig gespart. Das Ziel der Förderung benachteiligter Kinder ist aber nicht zum Spottpreis realisierbar. Wir wollen die Beträge anheben und für die Zukunft dynamisieren, d.h. sicherstellen, dass die Pauschalen zukünftige Kostensteigerungen berücksichtigen.</p>	<p>det. Neben der Hauptschule wurde mit der Ganztagsoffensive auf Drängen der FDP erstmalig ein umfassendes Programm zum Ausbau von Ganztagsgymnasien und –realschulen auf den Weg gebracht. So erhöht sich die Anzahl der Ganztagsgymnasien und Ganztagsrealschulen von jeweils 4 Prozent auf jeweils 12 Prozent. Seit dem Schuljahr 2004/2005 ist die Zahl der Ganztags Hauptschulen von 20 Prozent auf 50 Prozent angestiegen. Der Anteil der Ganztagsangebote an Gesamtschulen beträgt 95 Prozent. Die Mittel für den Ganztags sind auch an den Schulen der Sekundarstufe I anteilig flexibilisiert worden, so dass auch außerschulische Partner eingebunden werden können. Dies können z. B. Sport-, Musik- und andere Vereine sein, aber auch Handwerksmeister oder Personal anderer Professionen, die aus Sicht der Schule die Arbeit unterstützen und ein vielfältiges Angebot ermöglichen helfen. Insgesamt stellt das Land allein für die Ganztagsoffensive 175</p>
---	--	---	---

<p>darfsgerecht fortsetzen und dabei auch eine weitere Flexibilisierung des Ganztagsangebots prüfen.</p>			<p>Millionen Euro bereit. Auch wurde in den letzten Jahren die Schul- und Bildungspauschale des Landes schrittweise auf 600 Millionen Euro erhöht, um die Schulträger, also überwiegend die Kommunen, in der Bildungspolitik vor Ort finanziell zu unterstützen. Das Land Nordrhein-Westfalen hat im Vergleich aller Bundesländer mit 84 Prozent der Mittel aus dem sogenannten Konjunkturpaket II den Kommunen den höchsten Anteil direkt zugeleitet. So konnten die Schulträger diese Mittel z. B. für die energetische Sanierung oder auch für die bessere Ausstattung der Schulen einsetzen. Besuchten im Schuljahr 16,4 Prozent der Schüler eine Ganztagschule, so betrug die Quote im laufenden Schuljahr bereits 29,1 Prozent. Die FDP möchte den qualitativen und quantitativen Ausbau der Ganztagsangebote in den nächsten Jahren bedarfsgerecht fortsetzen. Bis zum Jahr 2015 soll die Quote auf 43 Prozent erhöht werden.</p>
--	--	--	--

## II. Teil: BERUFSPOLITIK

### 7. Pädagogische Berufe verdienen Anerkennung und Wertschätzung

Die Wertschätzung pädagogischer Berufe ist in NRW und in der Bundesrepublik im Vergleich zu anderen europäischen Ländern nicht vorhanden. Dazu haben auch die populistischen Äußerungen einiger Politiker beigetragen.

**Was gedenkt Ihre Partei zu tun, um das Ansehen der pädagogischen Berufe in NRW positiv zu beeinflussen?**

CDU	SPD	GRÜNE	FDP
<p>Lehrerinnen und Lehrer üben einen für die Zukunft unseres Landes bedeutenden Beruf aus. Deshalb sind Anerkennung und Wertschätzung des Lehrerberufs durch die Gesellschaft notwendig. Das Schulministerium hat nach 2005 die regelmäßige Ehrung verdienter Persönlichkeiten des Schullebens und ihren Einsatz für die Schule zu einem Element der Schulpolitik gemacht. Damit soll deutlich gemacht werden, wie wichtig der Einsatz von engagierten Pädagoginnen und Pädagogen, aber auch von Eltern und Schülern ist.</p>	<p>Die Stärke unseres nordrhein-westfälischen Bildungssystems liegt in den über 190.000 Lehrerinnen und Lehrern, die jeden Tag den Kindern und Jugendlichen Halt und Anerkennung geben, sie erziehen und ihnen Fach- und Methodenwissen beibringen. Viele qualifizieren sich weiter, entwickeln neue Ideen, um jeder neuen Schülergeneration in einer angemessenen Form zu begegnen. Trotz zunehmender Belastung, gerade in sozialen Brennpunkten, leisten Lehrerinnen und Lehrer in Zusammenarbeit mit Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen und anderen Professionen jeden Tag einen konkreten Beitrag zur Bewahrung des sozialen Friedens, helfen den jungen Menschen Perspektiven in unserer Gesellschaft zu</p>	<p>Die Wertschätzung pädagogischer Berufe in der Gesellschaft ist in der Tat leider niedriger als ihr gesellschaftlicher Wert. In den vergangenen Jahren ist aber zu beobachten, dass Bereiche, die noch vor Jahren als „Gedöns“ bezeichnet wurden, einen deutlich höheren Stellenwert erhalten. Nun muss es gelingen, dies auch auf die Berufe in dem Bereich zu übertragen. Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für ErzieherInnen und LehrerInnen verbunden mit einer Imagekampagne kann hier helfen. Dies ist auch auf dem Hintergrund vorhandenen und durch die Pensionierungswellen der nächsten Jahre sich verschärfenden Personalmangels erforderlich.</p>	<p>Pauschale negative Aussagen haben tatsächlich in der Vergangenheit das Ansehen von Pädagogen in der Öffentlichkeit beschädigt. Dennoch teilt die FDP die Einschätzung nicht, wonach eine Wertschätzung pädagogischer Berufe in NRW und in der Bundesrepublik nicht vorhanden sei. Viele Menschen wissen die wichtige Arbeit der Pädagogen sehr wohl zu schätzen. Auch hat der sogenannte Pisa-Schock, der die Bildungspolitik wieder verstärkt in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt hat, den für eine zukunftsorientierte Gesellschaft unverzichtbaren und wertvollen Beruf der Pädagogen nochmals nachhaltig unterstrichen. In den vergangenen Jahren ist unter der Regierungsverantwortung der FDP bewusst an einer</p>

	<p>entwickeln und sorgen dafür, dass Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft seinen stärksten Rohstoff, gut ausgebildete junge Menschen, entwickeln kann. Wir wissen: Die Motivation und Leistungsbereitschaft dieser Bildungsfachleute ist der Schlüssel für die Leistungsfähigkeit unseres Schulsystems. Diese Grundhaltung wird die SPD gegenüber der Öffentlichkeit herausstellen. In Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und den Verbänden wollen wir hierzu konkrete Projekte entwickeln und umsetzen.</p>		<p>Anerkennungskultur gearbeitet worden. Hierzu zählen 2.B. Preisverleihungen und Auszeichnungen, die auch den Pädagogen verdeutlichen, dass ihre Arbeit geschätzt, herausragende Leistungen anerkannt und der Öffentlichkeit auch bekannt gemacht werden. Imagekampagnen und die verstärkte Werbung für den Lehrerberuf sollen auch einen Beitrag leisten, junge Menschen für den Lehrerberuf zu gewinnen. Hierbei sollen verstärkt Leistungsanreize, sowohl im Studium als auch im Rahmen der Dienstrechtsreform, den Lehrerberuf attraktiver gestalten. Neben den bereits beschriebenen Verbesserungen und der Anerkennung für das Engagement, wie z.B. die Verdreifachung der Mittel für Schulwanderfahrten, die unter Rot-Grün kontinuierlich gekürzt worden waren, stellt aus Sicht der Liberalen vor allen Dingen auch die Einführung eines transparenten, gerechten und flexiblen Jahresarbeitszeitmodells einen wichtigen Baustein für ein ver-</p>
--	--	--	--

			<p>besseres Image des Lehrerberufs in der Öffentlichkeit dar. Wenn die vielfachen Tätigkeiten der Lehrkräfte, die über den Unterricht, die Vor- und Nachbereitung sowie den Korrekturaufwand hinausreichen, transparent und nachvollziehbar erfasst wird, kann somit auch den vielfältigen Klischees, die in der Öffentlichkeit über den Lehrerberuf nach wie vor bestehen, entgegengewirkt werden.</p>
--	--	--	---

### 8. Sonderaltersgrenze für Lehrerinnen und Lehrer

Die Altersgrenze für Beamtinnen und Beamte wird analog der Regelung des Rentenrechts auf 67 Jahre erhöht. Dies bedeutet nach bestehender Rechtslage, dass Lehrerinnen und Lehrer bis Ende des Schulhalbjahres nach Vollendung des 67. Lebensjahres arbeiten müssen. Angesichts der besonderen psychischen und physischen Belastungen der Lehrkräfte fordert der VBE nicht nur eine Gleichbehandlung mit den übrigen Beamten, sondern eine besondere Altersgrenze für Lehrkräfte.

***Wird Ihre Partei die Forderung des VBE unterstützen?***

CDU	SPD	GRÜNE	FDP
Die Arbeit von Lehrerinnen und Lehrer gilt es zu würdigen und zu berücksichtigen, wenn es um die Möglichkeit geht, früher aus dem aktiven Erwerbsleben auszuscheiden. Im letzten Jahr wurde die Altersteilzeit für beam-	Ja.	Die gesundheitliche Belastung von Lehrkräften ist zurecht zu einem Thema geworden, den wir zentrale Bedeutung zusprechen und das sich in den Arbeitsplatzbedingungen spiegeln muss (s. auch 9.) Eine Sonder-	Angesichts des beständigen Anstiegs der durchschnittlichen Lebenserwartung in der Gesamtbevölkerung wurde die Lebensarbeitszeit sowohl im allgemeinen Arbeitsrecht als auch im Beamtenrecht um zwei

<p>tete Lehrkräfte um drei Jahre bis Ende 2012 verlängert. Außerdem erhalten Lehrkräfte in Nordrhein-Westfalen nach Vollendung des 55. Lebensjahres eine Ermäßigung der wöchentlichen Pflichtstunden um eine Stunde und nach Vollendung des 60. Lebensjahres um drei Stunden. Alle diese Fragen werden ohnehin im Zuge der für den Beginn der nächsten Legislaturperiode angekündigten großen Dienstrechtsreform zu behandeln sein. Dazu hat die Landesregierung zwischenzeitlich eine unabhängige Expertenkommission eingesetzt.</p>		<p>altersgrenze für LehrerInnen ist bisher bei uns noch nicht diskutiert worden.</p>	<p>Jahre angehoben. Immer weniger aktive Arbeitnehmer bzw. Beamte stehen immer mehr Renten- bzw. Pensionsempfängern gegenüber. Ohne die vorgenommenen Anpassungen könnten die Aktiven die Versorgung der Ruheständler nicht mehr zumutbar sichern. Eine besondere Altersgrenze für Lehrerinnen und Lehrer lehnen wir ab, da für diese grundsätzlich die gleichen Rahmenbedingungen gelten wie für andere Berufe auch. Ebenso wie der Lehrerberuf entfalten auch andere Berufsbilder ihre spezifischen, anspruchsvollen Voraussetzungen und Belastungen. Allein das vermag aber keine Ausnahme des Grundsatzes der Verlängerung der Lebensarbeitszeit zu rechtfertigen. Dass das Ende der Dienstzeit zum Ende eines Schulhalbjahres wirksam wird, ist den organisatorischen Besonderheiten des Schulwesens und insbesondere auch der Frage geschuldet, ob es für zumutbar und fachlich sinnvoll erachtet wird, mitten im Halb-</p>
---	--	--	---

			jahr für eine Schulklasse einen Lehrerwechsel vorzunehmen. Im Sinne einer Abwägung der Interessen sind wir der Meinung, dass dies vermieden werden sollte.
--	--	--	--

### 9. Altersteilzeit fortführen

Die Altersteilzeit für Lehrkräfte eröffnet nachweislich Perspektiven länger gesund und damit länger in der Schule zu bleiben, einen individuellen Übergang in den Ruhestand zu wählen und gleichzeitig Einstellungsmöglichkeiten für den Lehrernachwuchs zu schaffen.

***Wird Ihre Partei sich für die Fortführung der Altersteilzeit im Lehrerbereich einsetzen?***

CDU	SPD	GRÜNE	FDP
Die Altersteilzeit wurde von der Landesregierung in Abstimmung mit den Regierungsfraktionen 2009 um drei Jahre bis Ende 2012 verlängert. Insofern hat die CDU sich bereits für die Fortführung der Altersteilzeit erfolgreich eingesetzt.	Ja. Wir werden die Verschlechterung der Modalitäten der Altersteilzeit für Lehrkräfte, die die schwarz-gelbe Koalition z.B. bei der Arbeitszeit vorgenommen hat, rückgängig machen und zu dem früheren Modell zurückkehren.	Wir wollen die Altersteilzeit auch über 2012 beibehalten. Wir sind davon überzeugt, dass dem System Schule nicht geholfen ist, wenn Lehrer, die sich nicht mehr in der Lage fühlen bzw. in der Lage sind für eine Vollzeitstelle, gezwungen werden, Vollzeit zu arbeiten. Es ist unabdingbar in die Gesundheitsförderung und in Verbindung damit in die Arbeitsplatzbedingungen zu investieren, um einen Verbleib bis zur Altersgrenze für die KollegInnen zu erreichen.	Anders als dies in anderen Berufsfeldern der Fall ist, wurde in NRW als eines der wenigen Bundesländer die Altersteilzeit für Lehrerinnen und Lehrer bis zum Jahr 2012 verlängert. Die Fortsetzung der Altersteilzeit ist grundsätzlich in Erwägung zu ziehen, muss aber auch unter Berücksichtigung der Entwicklung des Haushalts betrachtet werden. Eine abschließende Regelung wird im Rahmen der großen Dienstrechtsreform erfolgen. Darüber hinaus hat die Koalition bereits in dieser Legis-

			laturperiode die Möglichkeit eröffnet, auf Wunsch bis zu drei Jahre über die Höchstaltersgrenze hinaus zu arbeiten.
--	--	--	---

### 10. Bildungsqualität erfordert qualifizierten Lehrernachwuchs

Bereits jetzt besteht erheblicher Lehrermangel. Im Sek. I – Bereich insbesondere an Haupt- und Förderschulen gibt es kaum noch ausgebildete Bewerber/innen. Hinzu kommt, dass es durch die demografische Entwicklung künftig einen noch stärkeren Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt um junge qualifizierte Menschen geben wird.

***Mit welchen Maßnahmen wollen Sie sicherstellen, dass in ausreichender Zahl qualifizierter Lehrernachwuchs für alle Schulformen zur Verfügung steht?***

CDU	SPD	GRÜNE	FDP
Die alte Landesregierung hat die Lehrernachwuchsgewinnung lange Zeit sträflich vernachlässigt. Das haben wir geändert. So wurde die Zahl der Plätze im Vorbereitungsdienst um über 3.000 Stellen auf 16.893 angehoben, um den steigenden Einstellungsbedarf zu decken. In den Jahren seit 2005 sind 8.124 zusätzliche Stellen neu geschaffen worden und die so genannten Demographiegewinne von 9.200 Stellen (bei einem Rückgang der Schülerzahlen seit dem Schuljahr 2005/2006 um über	Leider hat die schwarz-gelbe Landesregierung den durchaus erfolgreichen Mangelfächerlass in einer Nacht- und Nebelaktion gestrichen. Um dem Fachlehrermangel zu begegnen und um die Attraktivität des Berufs „Lehrer/in“ zu steigern, brauchen wir Rahmenbedingungen, die dafür Sorge tragen, dass NRW für Lehrerinnen und Lehrer mit Mangelfächern und Menschen aus anderen Berufen, die sich für das Lehramt interessieren, attraktiv wird. Unter anderem ist es notwendig, die Verbeamtungsgrenze	Wir wollen den Arbeitsplatz attraktiver machen, Aufstiegsmöglichkeiten und die Bezahlung verbessern. Wir wollen Zugangserleichterungen für Bewerberinnen und Bewerber mit beruflicher Qualifikation zum Studium sowie die Aufhebung der BAFöG-Altersgrenze von 30 Jahren.	Es wird eine zentrale Aufgabe der nächsten Jahre sein - auch unter Einbeziehung des Seiteneinstiegs - verstärkt für ein Lehramtsstudium zu werben. Hierbei ist es z.B. auch von großer Bedeutung, zukünftig mehr Abiturienten mit Migrationshintergrund für ein Lehramtsstudium zu gewinnen. Unter der Regierungsbeteiligung der FDP wurden in der laufenden Legislaturperiode rund 3.000 zusätzliche Plätze im Vorbereitungsdienst geschaffen. Diesen Ausbau der Studienseminare wollen wir in den

<p>160.000) wurden im System belassen. Die von SPD und Grünen beschlossene Abschaffung der Verbeamtung haben wir rückgängig gemacht. Mit dem neuen Lehrerausbildungsgesetz sichern wir die Qualität der Ausbildung neuer Lehrerinnen und Lehrer. Wir tun alles dafür, noch bestehende Schwierigkeiten in bestimmten Fächern, insbesondere im naturwissenschaftlich-mathematischen Bereich, zu beseitigen, Zur Bekämpfung des Lehrermangels hat die Landesregierung bereits vielfältige Maßnahmen auf den Weg gebracht. Informationsveranstaltungen zum Lehrerberuf insbesondere für angehende Abiturienten, Wiedereinführung von zwei Einstellungsterminen im Vorbereitungsdienst, vorzeitige Einstellungszusagen (Frühbuche), Möglichkeit zur wöchentlichen Stellenausschreibung, Seiteneinsteigerprogramme, Erhöhung der Altersgrenze für die Verbeamtung auf 40 Jahre, Werbung über die Landesgrenzen hinaus (auch</p>	<p>auf 45 Jahre anzuheben. Die Regelungen für Seiteneinsteiger sind dem Bedarf entsprechend ohne Qualitätsverlust anzupassen. Zudem sind zusätzliche finanzielle Anreize nötig, um mehr junge Menschen für den Lehrerberuf zu interessieren. Wir benötigen eine sichere Prognose darüber, wie sich der Lehrerberuf quantitativ und qualitativ in den nächsten Jahren entwickelt. Seit 2006 gibt es vom Schulministerium hierzu keine neuen Zahlen mehr. Wir müssen ausreichende Studienkapazitäten vorhalten und gute Studienbedingungen bieten. NRW muss mit Hochdruck an der Umsetzung der KMK-Leitlinie zur Deckung des Lehrkräftebedarfs arbeiten. NRW muss im Rahmen der schulischen Berufswahl- und Studienorientierung zielgenauer für den Lehrerberuf werben.</p>		<p>kommenden Jahren fortsetzen. Durch die Einführung weiterer Einstellungstermine, durch die Werbung in anderen Bundesländern und im Ausland, durch die großzügige Auslegung des W-L und nicht zuletzt durch die Erhöhung der Verbeamtungsgrenze auf 40 Jahre ist die personelle Situation an den Schulen in den vergangenen Jahren gestärkt worden. Auch wenn die Liberalen eine frühzeitige Spezialisierung wünschen, eröffnet auch das neue Lehrerausbildungsgesetz aufgrund seiner polyvalenten Struktur vielfach Potentiale, die zukünftig genutzt werden müssen. Die Freien Demokraten möchten darüber hinaus für das Studium von Mangelfächern Leistungsanreize im Rahmen der Stipendiensysteme oder durch Prämienmodelle einführen. Auch müssen im Rahmen der Dienstrechtsreform im Jahr 2012 verstärkt Leistungsanreize ermöglicht werden. Solche zusätzlichen Förderungsmöglichkeiten können als ein Anreizsystem wirken.</p>
---	---	--	---

<p>im europäischen Ausland zur Gewinnung von "native speakers") und Austauschabkommen mit anderen Bundesländern stärken die Position Nordrhein-Westfalens im bundesweiten Wettbewerb um qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer. Die rund 30 % der Bewerber für den Vorbereitungsdienst, die mittlerweile nicht aus Nordrhein-Westfalen kommen, sind ein Beleg für die Attraktivität des Lehramtes in unserem Land.</p>			
--	--	--	--

### 11. Schulleitertätigkeit attraktiver gestalten

Insbesondere im Grundschulbereich müssen Schulleitungsstellen mehrfach ausgeschrieben werden, bevor sich eine Bewerberin oder ein Bewerber findet. Im Bereich der Haupt- und Förderschule stehen in der Regel nur ein/e Bewerber/in für eine ausgeschriebene Stelle zur Verfügung. Ursachen sind aus Sicht des VBE geringe Besoldung, unzureichende Leitungszeit, bei gleichzeitig hohen Anforderungen.

**Welche Überlegungen haben Sie, diese Problematik zu lösen?**

CDU	SPD	GRÜNE	FDP
<p>Von einer Schulleitung werden heute zunehmend Managementqualitäten erwartet. Das Schulleitungsbesetzungsverfahren und die hierzu neu eingeführte vorherige Qualifizierung</p>	<p>Schulleiterinnen und Schulleiter brauchen mehr Zeit, um das Schulleben zu gestalten. In der Vergangenheit haben die Aufgaben enorm zugenommen. Die Zeit für die Erfüllung von</p>	<p>Wir wollen mehr Leitungszeit verankern, so dass die tatsächlichen Mehraufwendungen abgegolten werden. Wir sind sicher, dass dies ein entscheidendes Hemmnis ist, das viele</p>	<p>Wenn an Schulen Leitungsfunktionen unbesetzt sind, handelt es sich hierbei oftmals um ein rot-grünes Erbe. Da über viele Jahre zu wenige Lehrer eingestellt worden sind, fehlen heute</p>

<p>sollen Lehrerinnen und Lehrer intensiv darauf vorbereiten. 215 Lehrkräfte aus weiterführenden Schulen haben bereits daran teilgenommen, weitere 300 befinden sich in der Qualifizierungsmaßnahme. Diese Maßnahmen weisen in die richtige Richtung. Um die Attraktivität der Schulleitung zu erhöhen und ausreichend Zeit für die Führung der Schulen zur Verfügung zu stellen, wird es notwendig sein, die Leitungszeit für Schulleitungen zu erhöhen. Außerdem wird die Frage der Besoldung von Schulleitungen im Zuge der beabsichtigten Dienstrechtsreform zu überprüfen sein. Die Landesregierung hat die frühere 18-monatige Beförderungssperre für Schulleitungen und deren Stellvertretungen bereits im Jahr 2008 aufgehoben und mit dem neuen Schulgesetz Sprungbeförderungen ermöglicht. Schließlich werden seit dem Jahr 2007 Schulleitungen an mittlerweile 327 Schulen durch 286 Schulverwaltungsassistenten entlastet. Und mit dem Projekt</p>	<p><b>Aufgaben der Schulleitung an allen Schulformen muss schrittweise ausgebaut werden. Zudem bedarf es grundsätzlich eines flexibleren Regelwerks, das u. a. den unterschiedlichen Aufgaben, Funktionen und Belastungen in Schule und anderen pädagogischen Einrichtungen in besserer Weise gerecht wird. Notwendig ist ein transparenteres, leistungsgerechteres Gesamtsystem der Bezahlung und Entlastung. Für alle Beschäftigten müssen attraktive Anreize hinsichtlich Bezahlung und Aufstiegsmöglichkeiten angeboten werden.</b></p>	<p>von einer Bewerbung abhält. Dazu muss mehr Entlastung durch z.B. durch eine Erhöhung der Stundenzahl für Verwaltungskräfte gewährleistet werden.</p>	<p>gerade in der entsprechenden Altersgruppe für die Besetzung von Leitungspositionen die notwendigen Lehrkräfte. In den vergangenen Jahren hat sich die Situation statistisch jedoch kontinuierlich zum Positiven verändert. Um die Besetzung von Leitungsfunktionen an den Schulen zu verbessern, sind unter der Regierungsverantwortung der FDP unterschiedliche Maßnahmen eingeleitet worden. Unter SPD und Grünen galt eine 18-monatige Beförderungssperre, wonach neue Schulleitungen eineinhalb Jahre mehr arbeiten mussten, aber nicht das entsprechende Gehalt erhielten. Die Koalition hat diese Sperre abgeschafft. Auch werden die Schulleitungen zukünftig durch das neu eingeführte Eignungsfeststellungsverfahren frühzeitig geprüft und auf ihre Aufgabe vorbereitet. Und durch die zusätzlich geschaffenen 8.124 Lehrerstellen wird die Anzahl der Pädagogen, aus deren Mitte geeignete Persönlichkeiten für Leitungsfunktionen entstammen können,</p>
--	---	---	---

<p>„Schulleitungscoaching durch Senior Experten NRW“ unterstützen derzeit 240 Seniorexperten mit ihrem Wissen und Engagement 295 Schulleitungen.</p>			<p>gesteigert. Da die Aufgaben der Schulleitungen sich immer stärker in Richtung eines Schulmanagements entwickeln, möchte die FDP die Leitungszeit an Schulen in den nächsten Jahren sukzessive erhöhen.</p>
--	--	--	---

## 12. Zeit für Schulentwicklung und Teamarbeit

Die zeitlichen Herausforderungen für die nicht unterrichtlichen Tätigkeiten haben stark zugenommen. Unzählige Beauftragungen und Arbeitsgruppen nehmen einen großen zeitlichen Anteil in Anspruch. Die dafür zur Verfügung stehenden Anrechnungsstunden reichen nicht aus. Dies gilt insbesondere für die Grundschule. Einer dreizügigen Grundschule (278 Kinder) stehen für das gesamte Kollegium nur zwei Anrechnungsstunden zur Verfügung.

**Welche Konzepte hat Ihre Partei, um diese Situation zu bereinigen?**

CDU	SPD	GRÜNE	FDP
<p>Lehrerarbeitszeitmodelle wie das von der Landesregierung genehmigte „Mindener Modell“ bieten einen Weg, um zu einem besseren Ausgleich der Belastungen von Lehrern zu gelangen. Konsensfähige Vorschläge dazu müssen jedoch von der Lehrerschaft bzw. deren Verbänden selbst kommen bzw. von diesen mitgetragen werden.</p>	<p>Das System der Anrechnungsstunden bedarf der Überprüfung. Im Zusammenhang mit der Ausweitung der Leitungszeit für die Schulleitung muss auch hier eine schrittweise Erhöhung erfolgen.</p>	<p>Die Arbeitszeit der Lehrkräfte darf sich nicht länger alleine auf den Pflichtstunden gründen, sondern muss andere an der Schule geleistete Arbeiten – wie Beratung, Schulentwicklung, Fortbildung, Teamzeiten und Korrekturzeiten – angemessen mit einbeziehen. Wir wollen mehr Zeitbudgets für Schulentwicklung und Fortbildung verankern. Sie sind entscheidende Faktoren für eine</p>	<p>Die Freien Demokraten sind sich der Tatsache, dass durch die Einführung der Eigenverantwortung der Schulen bei paralleler, notwendiger Sicherstellung vergleichbarer Qualitätsstandards die Anforderungen an viele Pädagogen angestiegen sind, sehr bewusst. Um die vielfältigen unterschiedlichen Aufgaben, die sich aus der Tätigkeit an der Schule ergeben, besser und transparen-</p>

		<p>Weiterentwicklung und können nicht nebenher gemacht werden.</p>	<p>ter darzulegen, möchte die FDP ein neues Lehrerjahresarbeitszeitmodell einführen. Hierdurch können alle in den Schulen geleisteten Aufgaben gerecht und transparent erfasst werden. Aus Sicht der FDP soll es sich bei einem solchen Lehrerarbeitszeitmodell nicht um ein Sparmodell handeln. Daher ist es sinnvoll, die notwendige Transparenz herzustellen, um dann auch im Rahmen einer offenen und fairen Evaluation mögliche weitere notwendige Schritte umzusetzen.</p>
--	--	--	--

### 13. Arbeits- und Gesundheitsschutz eine wesentliche Aufgabe des Arbeitgebers

Nur physisch und psychisch gesunde Lehrkräfte können auf Dauer den Bildungs- und Erziehungsauftrag wahrnehmen und Schule weiterentwickeln. Obwohl allen Verantwortlichen bewusst zu sein scheint, dass der Erhalt und die Förderung von Gesundheit, Arbeitszufriedenheit und Leistungsfähigkeit von Lehrerinnen und Lehrern sich – auch im Sinne des Arbeitsschutzgesetzes – langfristig nur präventiv erreichen lassen, müssen stattdessen immer mehr Aufgaben wahrgenommen werden mit der Folge, dass die Belastungen rasant zunehmen. Außerdem wurden die EU-Richtlinie „Gesundheit am Arbeitsplatz“ und das Arbeitsschutzgesetz für den Schulbereich in NRW bislang nur unzureichend umgesetzt. Insbesondere im Bereich der Prävention sieht der VBE NRW dringenden Handlungsbedarf.

**Wie wollen Sie umfassenden Arbeits- und Gesundheitsschutz in den Schulen sichern?**

CDU Antwort gültig für 13. – 15.	SPD	GRÜNE	FDP
<p>Die Landesregierung hat den Schulhaushalt um mehr als 2 Mrd. Euro im Vergleich zur Vorgängerregierung angehoben. Mittlerweile ist der Haushalt des Ministeriums für Schule und Weiterbildung mit mehr als 26 Prozent der größte Einzelhaushalt des Landes. Laut Bildungsfinanzbericht 2009 ist der Anteil der Bildungsausgaben (Elementarbereich, Schule, Hochschule) an den Gesamtausgaben eines Landes in Nordrhein-Westfalen mit 40,5 % der höchste aller Bundesländer. Die Schul- und Bildungspauschale an die Kommunen ist so hoch wie noch nie. Sie wurde von 460 Mio. Euro im Jahr 2007</p>	<p>Der Erhalt und die Förderung der Gesundheit, Arbeitszufriedenheit und Leistungsfähigkeit der Lehrerinnen und Lehrer muss stärker in den Blick genommen werden. Notwendig ist die Reduzierung von Aufgaben und die Schaffung adäquater Arbeitsbedingungen (siehe hierzu auch die Antworten zur Frage 11, 12 und 14). In Zusammenarbeit mit den Lehrerverbänden bzw. –gewerkschaften muss geprüft werden, welche weiteren Schritte notwendig sind, um einen umfassenden Arbeits- und Gesundheitsschutz realisieren zu können.</p>	<p>Nur gesunde und motivierte Lehrkräfte sind geeignete Lernbegleiter für Schülerinnen und Schüler. Durch neue Arbeitszeitmodelle, die Beratung, Schulentwicklung, Fortbildung, Teamzeiten und Korrekturzeiten – angemessen einbeziehen, angemessene Ausgleiche für Mehrarbeiten und verbesserte Aufstiegschancen wollen wir den Arbeitsplatz attraktiver machen. Lehrerarbeitsplätze gehören in jede Schule. Darüber hinaus ist eine aktive Gesundheitsförderung notwendig.</p>	<p>Die FDP möchte ein Jahresarbeitszeitmodell einführen, das alle unterschiedlichen geleisteten Arbeiten, die sich auch über den Unterricht hinaus ergeben, erfasst. Hierbei soll es sich nicht um ein Einsparmodell handeln, sondern um ein gerechtes und flexibles Modell zur Erfassung aller geleisteten Tätigkeiten. 8.124 zusätzlich geschaffene Lehrerstellen sollen auch die Pädagogen in ihrem Arbeitsvolumen entlasten. In Schulen muss Bürokratie so reduziert werden, dass sich die Pädagogen wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können. Nach Vorstellung der Liberalen sollen in den nächs-</p>

<p>auf 540 Mio. Euro im Jahr 2008 und im Jahr 2009 nochmals auf 600 Mio. Euro jährlich für Investitionen im Bildungsbereich erhöht.</p> <p>Im Rahmen des auf Bundesebene beschlossenen Konjunkturpaketes II stehen unserem Land 2,84 Mrd. Euro zur Verfügung. Gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden haben wir uns darauf geeinigt, den Kreisen, Städten und Gemeinden hiervon insgesamt 2,38 Mrd. Euro zukommen zu lassen. Mit einer Quote von rund 84 Prozent ist Nordrhein-Westfalen im Bundesgebiet Spitzenreiter. Wir haben sichergestellt, dass sich alle Kommunen unabhängig ihrer Finanzkraft unmittelbar am Programm beteiligen können. Die Kommunen entscheiden vor Ort über den Mitteleinsatz. 65 % der Mittel oder rund 1,4 Mrd. Euro werden derzeit in die Sanierung und den Ausbau vor allem von Schulen, Kindertagesstätten und Weiterbildungseinrichtungen investiert. Mit dem „1.000-Schulen-</p>			<p>ten Jahren rund 1.000 Schulverwaltungsassistentenstellen an den Schulen geschaffen werden, ohne diese auf die Lehrerzahl anzurechnen. Bereits in den letzten Jahren haben wir die Mittel für den Betriebsärztlichen Dienst deutlich erhöht. Die Anzahl der Schulpsychologen ist auf inzwischen ca. 270 Stellen NRW-weit angestiegen. Zum Schuljahr 2010/2011 steigt die Zahl auf dann rund 295 Schulpsychologen an. Im Vergleich zum Jahr 2007 sind somit mehr als 110 zusätzliche Stellen entstanden, welche die Lehrer bei ihrer Arbeit unterstützen. Durch die Umwandlung von SPD und Grünen verantworteter befristeter Sozialpädagogenstellen in unbefristete Arbeitsverhältnisse sowie verbesserte Einstellungsmöglichkeiten von Sozialpädagogen an Schulen haben wir diese Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer weiter ausgebaut. Diesen Weg will die FDP weiter beschreiten.</p>
---	--	--	--

<p>Programm" (100 Mio. Euro) unterstützt das Land im Zuge der Ganztagsoffensive außerdem den Bau von Mensen und Aufenthaltsräumen in 1.200 weiterführenden Schulen, Anhand der enorm gestiegenen Ausgaben im Schulbereich steht außer Frage, dass die CDU ihren Schwerpunkt im Bildungsbereich gelegt hat. Dabei kommt dem Erhalt der Gesundheit der Lehrerschaft auch eine wichtige Rolle zu. Sie liegt im Interesse des Landes, der Schulträger und natürlich auch der Lehrerinnen und Lehrer selbst. Aus diesem Grund müssen auch alle zum Erhalt und zur Sicherung der Gesundheit von Lehrerinnen und Lehrern beitragen. Die CDU wird als Kommunalpartei wie auf Landesebene im Rahmen des Möglichen alles tun, um die Gesundheit der Lehrerschaft zu sichern. Deshalb hat sie maßgeblich dafür gesorgt, dass im Schulhaushalt die Mittel für die arbeitsmedizinische Betreuung in den letzten drei Jahren um rund 1,76 Mio. Euro auf 2,4</p>			
---	--	--	--

<p>Mio. Euro erhöht wurden. Gleichfalls wurde der Etat für die Lehrerfortbildung von 10,04 Mio. Euro in 2005 auf nunmehr 16,02 Mio Euro in 2010 deutlich erhöht, davon für die schuleigenen Fortbildungsbudgets von 4,8 Mio. Euro auf nunmehr 8 Mio. Euro. Schließlich wurden die Reisekostenvergütungen von Lehrkräften für Schulwanderungen und Schulfahrten verdreifacht, um 4 Mio. Euro auf jetzt 6 Mio. Euro jährlich.</p>			
---	--	--	--

#### 14. Arbeitsplätze - zwingende Voraussetzung für Gesundheitsförderung und Qualitätsentwicklung

In NRW ist der Ausbau von Halbtagschulen zu Ganztagschulen in den letzten 4 Jahren stark voran getrieben worden. Geldmittel sind vorwiegend für die verbesserte Raumsituation von Schülerinnen und Schülern zur Verfügung gestellt worden. Es hat so gut wie keine Investitionen in die Ausgestaltung von Arbeitsplätzen für Lehrkräfte gegeben. Nach Auffassung des VBE, sind insbesondere im Ganztag persönliche Arbeitsplätze für Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen zwingend erforderlich. Ihre Einrichtung ist Voraussetzung für die effektivere Erfüllung der pädagogischen Aufgaben und somit ein entscheidender Punkt, Schulentwicklung möglich zu machen. Der Ganztag ohne Lehrerarbeitsplätze führt dazu, dass für Lehrkräfte ein Wechsel zwischen be- und entlastenden Anforderungen während ihrer verlängerten Anwesenheitszeiten in den Schulen nicht gegeben ist. Dies hat eine erhebliche Mehrbelastung und Gesundheitsbeeinträchtigung der Lehrkräfte zur Folge und vermindert die Chance auf eine Verbesserung der Qualität der pädagogischen Arbeit.

**Werden Sie nach der Wahl Land und Kommunen in die Pflicht nehmen und Lehrerarbeitsplätze in den Schulen schaffen?**

CDU	SPD	GRÜNE	FDP
Siehe Antwort unter 13.	Im Zusammenhang mit dem Ausbau des Ganztags wollen wir die Kommunen dabei unterstützen, ein für die Lehrerinnen und Lehrer die Kreativität und Kooperation förderndes Arbeitsumfeld bzw. entsprechende Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Siehe auch Antwort auf Frage 6.	(Nicht nur) Der Ganztag - aber der natürlich besonders - erfordert die Bereitstellung einer entsprechende Infrastruktur und Ausstattung des Lehrerarbeitsplatzes. Bei den Investitionen für Bildung, die Bund, Länder und Kommunen gemeinsam schultern müssen, ist diese Aufgabe mit zu berücksichtigen.	Der demographische Wandel ist zugleich Chance und Herausforderung für das Schulwesen. Beispielsweise reduziert sich der Raumbedarf in bestehenden Schulgebäuden mittelfristig an vielen Standorten und ermöglicht zukünftig vermehrt auch die Nutzung räumlicher Kapazitäten für Lehrerarbeitsplätze in den Schulen. Die FDP begrüßt, wenn diese Räumlichkeiten zu Arbeitsräumen für Lehrerinnen und Lehrer umgebaut werden. Denkbar ist darüber hinaus auch, dass jeder Lehrer einen festen Raum für seinen Unterricht nutzt, den die jeweiligen Klassen aufsuchen.

### III. Teil: ALLGEMEINES:

#### 15. Finanzierung kommender Aufgaben

Die Finanzdecke der Kommunen wird zunehmend dünner, mehr und mehr Kommunen unterliegen der Haushaltssicherung. Die Kommunen sind immer weniger in der Lage, Bildungseinrichtungen, Sozial- und Jugendhilfe sowie die Träger der Arbeitsförderung und damit die Einrichtungen, die den sozialen Zusammenhalt wahren sollen, zu finanzieren.

**Welche Konzepte hat Ihre Partei, um die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen zu lösen und sie finanziell so auszustatten, dass sie ihre Aufgaben wahrnehmen können?**

CDU	SPD	GRÜNE	FDP
Siehe Antwort unter 13.	Die SPD wird verhindern, dass Städte und Gemeinden in ihrer Finanzausstattung weiter geschwächt werden. Wir werden uns aktiv dafür einsetzen, dass rasch eine Lösung für das Problem ihrer Altschulden gefunden wird. Die Gewerbesteuer ist die wichtigste Einnahmequelle für unsere Kommunen. Sie muss ohne Wenn und Aber erhalten bleiben und in der Basis verbreitert werden. Die SPD tritt für die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips ein. Die SPD wird einen „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ auflegen, der überschuldeten Gemeinden zugute kommt. Ziel des Paktes ist es, die betroffenen Gemeinden von Zinszahlungen zu entlasten, um jetzt	Die zusätzlich notwendigen Investitionen in Bildung können nur von Bund, Land und Kommunen gemeinsam geschultert werden. Die Förderalismusreform I ist in Bezug auf die Bildung durch das Kooperationsverbot ein Desaster. Die Grünen betrachten Bildung als gesamtstaatliche Aufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden. Um das Land und die Kommunen bei den wichtigen Bildungsaufgaben zu unterstützen, fordern wir, den Soli Ost in einen Bildungssoli umzuwandeln. Aus dem Solidaritätszuschlag stehen überschüssige Einnahmen zur Verfügung. Diese soll der Bund nach Abzug der Altschuldenhilfe für die besonders finanzschwachen Län-	Die Kommunen haben unter Regierungsverantwortung der FDP 10,6 Milliarden Euro mehr vom Land erhalten als unter Rot-Grün. Mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2009 erhielten die Kommunen vom Land rund 7,9 Milliarden Euro und damit den höchsten Betrag seit Bestehen dieses Verteilungsmechanismus'. Im Krisenjahr 2010 stehen den Kommunen durch das GFG etwa 7,6 Milliarden Euro zur Verfügung. Dies ist der zweithöchste Stand in der Geschichte des Landes. Um die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise abzufedern, hat das Land den Gemeinden und Gemeindeverbänden im Rahmen des Konjunkturpakets II schnell und un-

	<p>notwendige Investitionen zu ermöglichen. Wir setzen uns dafür ein, hoch verschuldete Städte von Ausgaben für den Solidarfonds zu entlasten, damit dort die Haushalte konsolidiert werden können. Wir werden uns gegenüber dem Bund für eine Neuordnung des Systems der Berechnung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft gemäß SGB II stark machen. Das bisherige Berechnungsverfahren führt zu einer klaren Benachteiligung der Kommunen und muss dringend zu ihren Gunsten überarbeitet werden.</p>	<p>der in allen Ländern für Bildung einsetzen. Ab 2010 stehen bis 2019 Mittel in Höhe von 23 Milliarden Euro zur Verfügung. Für Nordrhein-Westfalen würde dies nach den üblichen Verteilungsschlüsseln eine Summe von etwa 5,06 Milliarden Euro – also etwa 500 Millionen Euro pro Jahr – ausmachen. Wir wollen uns über den Bundesrat für einen solchen Bildungssoli einsetzen. Das Ziel ist, wieder für alle Kommunen verlässliche und aufgabenadäquate Einnahmepotenziale zu erschließen. Bund und Land müssen die Kosten des Sozialstaats deutlich stärker schultern und die besonders armen Kommunen müssen zudem von den Lasten der Vergangenheit befreit bzw. entlastet werden. Die Landesregierung muss sofort auf die Kommunen zugehen und mit Ihnen gemeinsam nach Lösungen für einen Solidarpakt Kommunalfinanzen suchen.  <b>a. Die Kommunen müssen eigene verbriefte Einnahmefähigkeiten behalten, um</b></p>	<p>bürokratisch etwa 84 Prozent des Gesamtfördervolumens zur Verfügung gestellt. Dies ist die höchste Weiterleitungsquote bundesweit. Hierdurch stehen den Kommunen für die Jahre 2009 und 2010 insgesamt rund 2.4 Milliarden Euro an zusätzlichen Mitteln für Investitionen in Bildung und Infrastruktur zur Verfügung. Ursächlich für die finanzielle Schieflage unserer Städte und Gemeinden sind vor allem die einbrechenden Gewerbesteuererinnahmen, welche vielerorts 50 Prozent und mehr der kommunalen Gesamteinnahmen ausmachen. Die Gewerbesteuer ist aufgrund ihrer Konjunkturabhängigkeit ein Risikofaktor für die Gemeindefinanzierung und führt gerade in Krisenzeiten zu erheblichen Einnahmeausfällen. Die FDP fordert daher schon seit langem einen Ersatz der Gewerbesteuer gegen eine zuverlässigere Einnahmequelle, die sogenannte Kommunalsteuer. Hierbei sollen die Kommunen einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer sowie ein</p>
--	--	--	---

		<p>die grundgesetzlich garantierte Funktion als eigenständige Handlungsebene im Staatsaufbau erfüllen zu können. Die Gewerbesteuer muss in ihrem Charakter als kommunale Wirtschaftssteuer erhalten und gestärkt werden, indem ihre Bemessungsgrundlage durch die Einbeziehung der freien Berufe erweitert wird. Das Land muss gesetzlich verpflichtet werden in steuerlich besseren Zeiten Rücklagen für die Kommunen zu bilden. Wir lehnen daher eine Abschaffung der Gewerbesteuer ab.</p> <p><b>b. Kosten der Unterkunft</b>  Bund und Land müssen ihrer Verantwortung für einen sozialen Föderalismus wieder gerecht werden und einen deutlichen höheren Anteil an der Finanzierung der Soziallasten übernehmen. Unter anderem muss der Bund in einem ersten Schritt wieder einen angemessenen Anteil an den Kosten der Unterkunft tragen. Statt ihn von vormals 31,2 auf nunmehr etwa 23 % abzusenken, wäre eine Beteiligung in der Größenord-</p>	<p>Zuschlagsrecht auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer in Form eines eigenen Hebesatzes erhalten. Bund, Länder und Kommunalverbände wollen diese Frage ab März 2010 in einer Kommission gemeinsam erörtern. Ein Ersatz der Gewerbesteuer würde zu einer erheblichen Verstärkung der kommunalen Einnahmen führen, die selbstverständlich auch die Mittel für die kommunalen Bildungsinvestitionen stärken würden. Darüber hinaus wollen die Liberalen in Abhängigkeit von der Konsolidierung der Landesfinanzen zusätzlich zur Schul- und Bildungspauschale ein Landesprogramm zur Verbesserung der räumlichen und technischen Infrastruktur der Schulen konzipieren, in das auch die Wirtschaft eingebunden werden soll. Hierzu zählt insbesondere auch eine moderne technische und naturwissenschaftliche Ausstattung der Schulen.</p>
--	--	--	--

		<p>nung von 38 % erforderlich.</p> <p><b>c. Steuergeschenke auf Bundesebene</b></p> <p>Wir fordern den Bund auf Planungen für weitere Steuergeschenke in ungeahnter Größenordnung einzustellen und bereits beschlossene unsinnige Gesetze - wie das Wachstumsbeschleunigungsgesetz rückgängig zu machen. Das Land wird aufgefordert ebenfalls im Bundesrat entsprechend aktiv zu werden. Ansonsten werden in vielen Kommunen 2010 und 2011 buchstäblich die Lichter ausgehen. Die Finanzierungsbasis der kommunalen Haushalte muss stattdessen auf neue Füße gestellt und damit gesichert werden, ihre Ausgaben müssen entlastet werden.</p> <p><b>d. Schuldenfonds für die Kommunen</b></p> <p>Als Soforthilfe muss das Land den besonders schwachen Kommunen mit einem Altschuldenfond zumindest über die größte Not helfen, um eine noch dramatischere Verschuldungsspirale abzuwenden. Der Fonds muss eine ausreichende</p>	
--	--	---	--

		<p>Größenordnung umfassen, um die Kassenkredite von besonders notleidenden Kommunen erfassen zu können. Die Finanzierung könnte durch Ausgabe einer Anleihe des Landes mit einer Laufzeit von 10 Jahren bei der NRW.Bank erfolgen.</p> <p><b>e. Teilnahme an Förderprogrammen</b></p> <p>Das Land muss den Nothaushaltskommunen bei Förderprogrammen entgegen kommen und in begründeten Fällen auf die Erbringung von Eigenanteilen ganz oder teilweise verzichten. Zudem soll es den Nothaushaltskommunen mit einem Sonderprogramm zur energetischen Gebäudesanierung dabei helfen, ihren Investitionsstau aufzulösen und gleichzeitig wirtschaftlich und ökologisch notwendige Investitionen zu ermöglichen. Außerdem muss das Land die Betriebskostenzuschüsse des Bundes zum Ausbau der Betreuung für Unter Dreijährige ungekürzt den Städten und Gemeinden durchleiten.</p>	
--	--	--	--

## 16. Schuldenbremse

Durch die Aufnahme der Schuldenbremse für die Länder in das Grundgesetz wird deren finanzieller Spielraum stark verengt.

**Wie wollen Sie vor diesem Hintergrund sicherstellen, dass im Schulbereich die demografischen Gewinne im System verbleiben und nicht zur Haushaltssanierung genutzt werden?**

CDU	SPD	GRÜNE	FDP
<p>Die Landesregierung hat den Schulhaushalt um rund 2 Mrd. Euro im Vergleich zur Vorgängerregierung angehoben. Mittlerweile ist der Haushalt des Ministeriums für Schule und Weiterbildung mit mehr als 26 Prozent der größte Einzelhaushalt des Landes. Es wurden 8.124 neue Lehrerstellen geschaffen und 9.200 Lehrerstellen trotz Rückgangs der Schülerzahlen von über 160.000 Schülerinnen und Schülern (Vergleich Schuljahr 2005/2006 und Schuljahr 2010/2011) im Schulsystem belassen, während die ehemalige Schulministerin es noch als Erfolg darstellte, „nur“ 16.000 Lehrerstellen zu streichen. Seit der Regierungsübernahme wurden über 30.000 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt.</p>	<p>Indem zu Beginn der neuen Legislaturperiode beschlossen wird, dass die demografischen Gewinne im System verbleiben und nicht zur Haushaltssanierung genutzt werden.</p>	<p>Schon die jetzige Schuldenregel verbietet den Ländern Kredite zur Finanzierung von Bildungsaufgaben außerhalb von Investitionen in Steine zu verwenden. Daher setzen wir GRÜNEN einen klaren Schwerpunkt auf die Finanzierung von Bildungsaufgaben. Dazu müssen die Länder auch mehr Geld erhalten. Insbesondere Vermögende sollen über eine Revitalisierung der Vermögensteuer und eine Reform der Erbschaftsteuer an dieser Finanzierung beteiligt werden. Übergangsweise wollen wir auch überschüssige Mittel des Solidarbeitrags Ost zur Finanzierung von Bildungs- Investitionen verwenden. Wir haben konkrete Konzepte, CDU und FDP bisher nur Lippenbekenntnisse in Verträgen, die</p>	<p>Den demographischen Wandel werden wir insbesondere für kontinuierlich kleinere Klassen, die weitere Minimierung des Unterrichtsausfalls und den Ganztagsausbau nutzen. In der letzten Wahlperiode haben wir 8.124 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen und bereits rund 9.200 Stellen aus zurückgehenden Schülerzahlen im System behalten und somit das Schüler-Lehrerstellen-Verhältnis von etwa 19 Schülern pro Lehrer im Jahr 2005 auf 17 Schüler pro Lehrer reduziert. Bis 2015 streben wir eine deutliche weitere Reduzierung an. Wir wollen dadurch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass langfristig keine Klasse mehr eingerichtet wird, die mehr als 25 Schüler hat. Daran ändert auch die Schuldenbrem-</p>

<p>Diese Regierung hat zudem die von SPD und Grünen mit dem Schulgesetz beschlossene Abschaffung der Verbeamtung zurückgenommen. Alle Zahlen und Aktivitäten weisen eindrucksvoll nach, dass die CDU ihren Worten auch Taten hat folgen lassen und die Priorität im Bildungsbereich gelegt hat und weiterhin legen wird. Die Schuldenbremse soll die Handlungsfähigkeit des Staates sichern und für die Zukunft gewährleisten. Sie wurde mit verfassungsändernder Mehrheit nach gründlicher Abwägung in unser Grundgesetz aufgenommen. Dazu stehen wir und sehen auch unser Bundesland in der Pflicht, den heutigen Kindern und Jugendlichen einen nicht noch größeren Schuldenberg zu hinterlassen, der die Handlungsfähigkeit kommender Generationen weiter einengt.</p>		<p>unter Finanzierungsvorbehalt stehen.</p>	<p>se nichts.</p>
--	--	---	-------------------